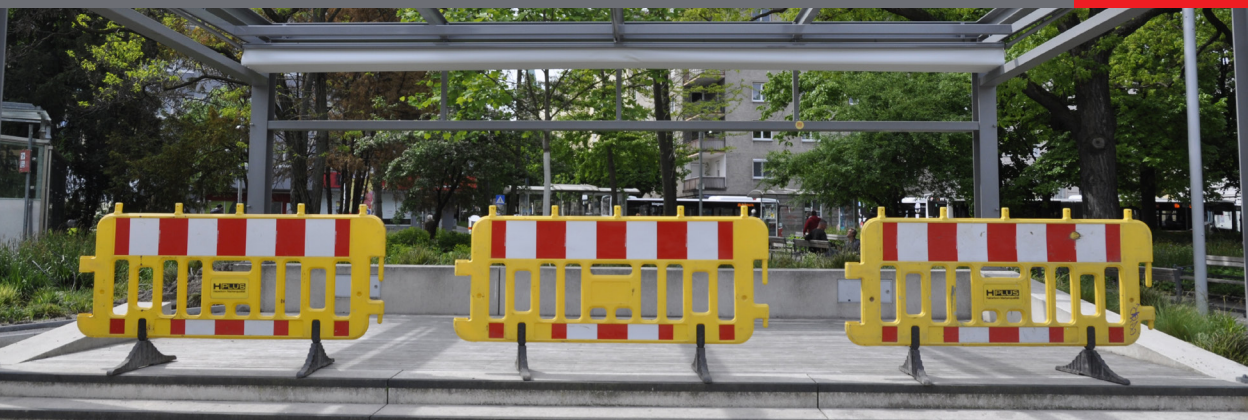




Josefa Stiegler, Miriam Haselbacher, Ursula Reeger

INKLUSION, EXKLUSION UND (UN)SICHERHEITEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

PERSPEKTIVEN VON JUGENDLICHEN UND
FACHLEUTEN IN WIEN

Herausgegeben vom Institut für
Stadt- und Regionalforschung

Verlag der Österreichischen
Akademie der Wissenschaften
Wien 2026

JOSEFA STIEGLER, MIRIAM HASELBACHER UND URSULA REEGER
INKLUSION, EXKLUSION UND (UN)SICHERHEITEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM
PERSPEKTIVEN VON JUGENDLICHEN UND FACHLEUTEN IN WIEN

ISR-FORSCHUNGSBERICHTE

HERAUSGEGEBEN VOM
INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG

HEFT 65

JOSEFA STIEGLER, MIRIAM HASSELBACHER UND URSULA REEGER



VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2026

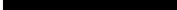
JOSEFA STIEGLER, MIRIAM HASELBACHER UND URSULA REEGER

INKLUSION, EXKLUSION UND (UN)SICHERHEITEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

PERSPEKTIVEN VON
JUGENDLICHEN UND FACHLEUTEN
IN WIEN



ÖAW



ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2026

Umschlagbild:

Reumädchenbühne am Reumannplatz im 10. Wiener Gemeindebezirk, © Ursula Reeger.

Die Arbeit unterliegt ausschließlich der Verantwortung des ISR und wurde der
phil.-hist. Klasse nicht vorgelegt.



DeRadicalisation in Europe and Beyond:
Detect, Resolve, Reintegrate



ISBN 978-3-7001-5167-8

DOI: https://doi.org/10.1553/ISR_FB065

Vertrieb: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, <https://verlag.oeaw.ac.at>

Fragen zur Produktsicherheit: verlag@oeaw.ac.at

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institut für Stadt- und Regionalforschung, Bäckerstraße 13, A-1010 Wien

Telefon +43 1 51581/3520

Layout: Florian Partl

Druck: Medienfabrik Wien GmbH, A-1220 Wien

Inhalt

Vorwort	7
1 Einleitung	9
2 Theoretische Einbettung: Zugehörigkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum	11
2.1 Räumliche Aspekte gesellschaftlicher Teilhabe	12
2.2 Normvorstellungen und soziale Kontrolle in öffentlichen Räumen	14
2.3 Sicherheit und Unsicherheit im urbanen öffentlichen Raum	16
3 Forschungsdesign, Methoden und empirisches Material	18
3.1 Forschungsdesign und Datenbasis	18
3.2 Die Ebene der Stadt: Hintergrundrecherche und Expert*inneninterviews	18
3.3 Die Fallstudie: Teilnehmende Beobachtung und interaktive Workshops	19
4 Zum öffentlichen Raum in Wien und zur Fallstudie Reumannplatz	22
4.1 Die Stadt Wien als Forschungsobjekt	22
4.2 Die Verwaltung des öffentlichen Raums in Wien	26
4.3 Der Reumannplatz in Innerfavoriten	27
5 Empirische Ergebnisse: Sozialräumliche Aushandlungsprozesse am Reumannplatz	32
5.1 Öffentlicher Raum für wen? Ein Blick auf Nutzungskonflikte und -bedürfnisse	32
5.1.1 <i>Zwischen Nutzungsdruck und Nische</i>	34
5.1.2 <i>Ausweichmöglichkeiten und Verlagerungsmechanismen</i>	37
5.1.3 <i>(Un-)Erwünschtes Verhalten und das Beispiel Alkoholkonsum</i>	39
5.2 Angst, (Un-)Sicherheiten und politisierte Sicherheitsdebatten	40
5.2.1 <i>Zu Verboten, Kontrollmechanismen und Videoüberwachung</i>	41

5.2.2	<i>Konsequenzen von Kontrollen und Verboten</i>	44
5.2.3	<i>Die Politisierung von (Un-)Sicherheit und ihre Folgen.....</i>	45
5.2.4	<i>Alltägliche Unsicherheiten von Mädchen</i>	46
5.2.5	<i>Raumaneignung und das Beispiel Reumädchenbühne.....</i>	48
5.2.6	<i>Unsicherheit durch Mehrfachkrisen</i>	50
6	Diskussion und Conclusio: Inklusion, Exklusion und (Un-)Sicherheiten im öffentlichen Raum.....	53
	Summary	59
	Bibliographie.....	61
	Verzeichnisse.....	68

Vorwort

Die Idee zu diesem Forschungsbericht ist aus dem Projekt D.Rad – *De-Radicalisation in Europe and Beyond: Detect, Resolve, Re-integrate*¹ entstanden. Das Projekt wurde im Rahmen der EU-Forschungsförderung Horizon 2020 finanziert und von Dezember 2020 bis April 2024 am Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) durchgeführt (D.RAD o. J.). Dabei war das ISR Teil eines großen internationalen Konsortiums mit Partner*innen aus 15 Ländern inner- und außerhalb Europas unter der Leitung der Glasgow Caledonian University.² D.Rad widmete sich den Überthemen Radikalisierung, Deradikalisierung und gesellschaftliche Polarisierung. Der öffentliche Raum wird in der (De-)Radikalisierungsforschung als ein wichtiger Ort und Rahmen für die Aushandlung von Zugehörigkeiten angesehen. Neben Schulen, dem Arbeitsumfeld und Medien ist der öffentliche Raum ein wichtiger Baustein des Netzes der sogenannten primären Prävention, die dazu dienen soll, Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken sowie das demokratische Miteinander, die soziale Kohäsion und die gemeinschaftliche Resilienz zu fördern. Diese Art von Maßnahmen ist oftmals implizit, das heißt, sie zielen nicht auf einzelne Personen und Gruppen ab, die Gefahr laufen, sich zu radikalisieren, sondern auf die Gesellschaft als Ganzes.

In diesem Forschungsbericht legen wir den Fokus auf den öffentlichen Raum als einen Ort, an dem gesellschaftliches Zusammenleben ausgehandelt wird und soziale Interaktionen stattfinden. Öffentliche Räume dienen nicht nur als physische Treffpunkte, sondern auch als Arenen, in denen kulturelle Normen, Identitäten und soziale Hierarchien verhandelt werden. Die Gestaltung und die Nutzung dieser Räume beeinflussen, wer Zugang hat, wer sich sichtbar oder unsichtbar fühlt und welche Formen des Zusammenlebens möglich sind. Wir sehen öffentliche Räume dabei als Produkt von Konflikten um Verteilung, Teilhabe und Zugang – in der Praxis kann die Anwesenheit einer Gruppe zur Verdrängung anderer führen.

¹ D.Rad – Deradicalisation in Europe and Beyond: Detect, Resolve, Re-integrate <<https://cordis.europa.eu/project/id/959198>> (letzter Zugriff 9. 10. 2025).

² Die teilnehmenden Länder und Institutionen waren: Bosnien und Herzegowina (PRONI Center for Youth Development), Deutschland (Free University of Berlin), England (Brunel University of London und University of Sheffield), Finnland (University of Helsinki), Frankreich (American University of Paris), Georgien (Georgian Institute of Politics), Israel (Ben-Gurion University), Italien (Eurac Research und University of Florence), Kosovo (Kosovar Centre for Security Studies), Polen (Jan Długosz University), Schottland (Glasgow Caledonian University), Serbien (Centre for Comparative Conflict Studies), Slowenien (Zavod APIS) und die Türkei (Istanbul Bilgi University).

Wien als schnell wachsende und vielfältige Stadt ist ein gutes „Forschungsobjekt“ dafür, wie eine Metropole mit aktuellen Herausforderungen umgeht. Dazu gehören etwa die Auswirkungen der Pandemie, Inflation und Armut, steigende Wohnungspreise, der Klimawandel sowie die Folgen globaler Konflikte. Diese Herausforderungen wirken sich sowohl auf gesamtstädtischer als auch auf lokaler Ebene in der Nachbarschaft aus und bieten wertvolle Einblicke in die Anpassungsfähigkeit und die Lösungsstrategien städtischer Systeme und ihrer Bewohner*innen. Basierend auf dem umfassenden empirischen Material haben wir uns für diesen ISR-Forschungsbericht vor allem auf die Themen Inklusion, Exklusion, Verdrängung und Verhandlung von (Un-)Sicherheiten fokussiert. Dabei geht es um die Frage, wie Ein- und Ausschlüsse im Stadtraum erfolgen, welche Konstruktionen von Sicherheit und Unsicherheit präsent sind und wie diese Nutzer*innen in öffentlichen Räumen beeinflussen. Anknüpfend an die Fragestellungen des Projekts D.Rad standen insbesondere die Perspektiven und Bedürfnisse junger Nutzer*innen im Vordergrund.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um allen unseren Interviewpartner*innen und den Teilnehmenden im Forschungsprozess zu danken, die uns wertvolle Einblicke in ihre Arbeits- beziehungsweise Lebenswelten gegeben haben. Darüber hinaus gilt unser Dank Emilia Palonen und Kanerva Kuokkanen von der Universität Helsinki, mit denen wir die empirischen Schritte entwickelt haben. Außerdem danken wir Helena Segarra und Robert Musil für die aufmerksame Lektüre und die hilfreichen Kommentare.

Wien, im März 2026

Josefa Stiegler, Miriam Haselbacher und Ursula Reeger

1 Einleitung

Der öffentliche Raum in Wien ist aktuell einem zunehmenden Nutzungsdruck ausgesetzt – die Stadt ist laut Statistik Austria von 2012 bis 2025 um etwa 300.000 Bewohner*innen gewachsen.³ Da immer mehr Menschen die bereits vorhandene städtische Infrastruktur nutzen, braucht es nicht nur mehr Schulplätze, mehr Wohnraum und zusätzliche Verkehrswege, sondern auch immer mehr Grünflächen zur Erholung. Der öffentliche Raum ist in Städten ein zentrales Gut, das wesentlich für das Funktionieren des städtischen Lebens ist und das soziale Miteinander in urbanen Räumen prägt. Per definitionem sollten öffentliche Räume für alle Personen in der Stadt zugänglich sein, allerdings gibt es in der Praxis vielschichtige Mechanismen, die ihre Nutzung und das Nutzungsverhalten normieren. Verschiedene Entwicklungen, wie etwa Privatisierung, urbane Segregation, Kommerzialisierung und Versicherheitlichung, schränken den Zugang zu öffentlichen Räumen immer mehr ein. Die zunehmende Regulierung und Kontrolle des öffentlichen Raums schließt bestimmte Gruppen aus oder knüpft ihren Zugang an bestimmte Kriterien, wie zum Beispiel individuelle finanzielle Ressourcen. Neben tatsächlichen Ausschlüssen kommt es dadurch auch zu einer Wahrnehmung von öffentlichen Plätzen als nicht zugänglich. Hinzu kommt, dass manche Bevölkerungsgruppen stärker auf öffentliche Räume angewiesen sind als andere. Dazu zählen vor allem Personen, die weniger mobil sind, darunter Kinder, Jugendliche, Behinderte und ältere Personen, aber auch einkommensschwache und arme Personen sowie Wohnungs- und Obdachlose, die weniger Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung haben. Davon betroffen sind oftmals auch Migrant*innen und Jugendliche, die im öffentlichen Raum mit Vorurteilen und sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind und deren Präsenz häufig problematisiert wird. Der Zugang zu städtischen Räumen und die Kontrolle über deren Nutzung müssen daher in einem größeren Zusammenhang mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen und sozialen Teilhabe diskutiert werden.

Die Zielsetzung dieses Forschungsberichts ist, zu diskutieren, was es bedeutet, wenn öffentlicher Raum ein knappes Gut ist, und dabei verschiedene Perspektiven zu beleuchten. Unsere empirische Vorgehensweise umfasst Expert*inneninterviews und interaktive Workshops mit Stakeholder*innen, die im oder zum öffentlichen Raum arbeiten, sowie mit Jugendlichen. Letztere werden äußerst selten gehört, wenn es um ihre Wünsche, Bedürfnisse und Unsicherheiten bezüglich des öffentlichen Raums geht. Es war uns deshalb wichtig, ihren Erfahrungen Raum zu geben. In den empirischen

³ Bevölkerungsstand Stadt Wien <<https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerungsstand>> (letzter Zugriff 9. 10. 2025).

Kapiteln legen wir basierend auf Zitaten aus unseren qualitativen Daten zwei Konfliktlinien dar: 1) unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse und damit einhergehende Konfliktlinien und 2) die Verhandlung von Angst und urbanen (Un-)Sicherheiten.

Unsere Analyse gibt Einblick in aktuelle Aushandlungsprozesse in der Stadt und beleuchtet Spannungsfelder rund um Zugänge zu und Ausschlüsse von öffentlichen Räumen sowie gesellschaftliche Teilhabe. Dabei wird deutlich, dass einige Nutzungsbedürfnisse miteinander in Konflikt stehen und nicht gleichzeitig erfüllt werden können. So widerspricht beispielsweise das Bedürfnis nach Ruhe dem Bedürfnis, einen Aufenthaltsort zum Spielen, Feiern oder Treffen mit Freund*innen zu haben. Der Wunsch nach einem ungestörten Rückzugsort wiederum widerspricht dem Bedürfnis nach einem gut beleuchteten und einsehbaren Ort. Gleichzeitig zeigt unsere Analyse, dass Sicherheit und Unsicherheit eine große Rolle spielen, die Forschungsteilnehmenden jedoch unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Unsicherheit im öffentlichen Raum bedeutet und wie Sicherheit hergestellt werden kann. Es ist daher notwendig, offenzulegen, wie diese divergierenden Bedürfnisse mit Verdrängungsprozessen in Verbindung stehen, und sie in eine zielgruppenspezifische Planung einzubeziehen.

Im Folgenden stellen wir zunächst unseren theoretischen Zugang vor und gehen insbesondere auf gesellschaftliche Teilhabe im öffentlichen Raum sowie die Konstruktion von urbanen (Un-)Sicherheiten als Instrument heutiger Stadtentwicklung ein. Daran anschließend stellen wir unsere Methodologie und unser empirisches Material vor, bevor wir in Kapitel vier auf den Forschungskontext Wien und die Fallstudie Reumannplatz eingehen. In der Analyse konzentrieren wir uns auf drei Aspekte: Normvorstellungen in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Raums, Inklusion und Exklusion sowie städtische (Un-)Sicherheiten. Im sechsten Kapitel diskutieren wir diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der Theorie und fassen sie abschließend in einem Fazit zusammen.

2 Theoretische Einbettung: Zugehörigkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum

Unser theoretischer Zugang basiert unter anderem auf der Annahme, dass Raum keine fixe, materielle Kategorie ist, sondern gesellschaftlich konstruiert wird. Das bedeutet, dass Raum nicht lediglich der Behälter ist, in dem sich Menschen bewegen und soziale Interaktionen stattfinden, sondern dass er seine Bedeutung überhaupt erst dadurch erhält, dass Menschen miteinander und mit dem Raum in Beziehung treten. Die Nutzung von Räumen ist zwar abhängig von ihrer Gestaltung, diese verändert sich aber auch mit der Zeit und wird von Menschen, die sich dort aufhalten, neu definiert. Die Wahrnehmung von Räumen, Orten und Plätzen ist somit subjektiv geprägt: Nicht alle Menschen fühlen sich in denselben Räumen gleich wohl, und sie haben unterschiedliche Bedürfnisse, Wahrnehmungen und Möglichkeiten der Nutzung. All diese Aspekte sind durch sozial wirkmächtige Kategorien wie Klassenzugehörigkeit, Ethnizität und Geschlecht vorgeprägt, die eine Vielfalt sozialer Identitäten konstituieren, welche wiederum den Blick auf Räume beeinflussen (KASPAR & BÜHLER 2006; RUHNE 2011).

Öffentliche Räume sind wesentlich durch gesellschaftliche Machtverhältnisse bestimmt, die sich in ihnen manifestieren und die Inklusion für die einen begünstigen, während sie die Exklusion anderer verursachen können. Die Stadtplanung ist dafür ein zentrales Instrument, da sie gesellschaftliche Ungleichheiten räumlich fortschreiben oder ausgleichen kann. In öffentlichen Räumen „passiert“ Gesellschaft nicht nur, vielmehr finden vielfältige Aushandlungsprozesse auf mehreren Ebenen gleichzeitig statt, die sowohl top-down, also von Politik und Verwaltung, als auch bottom-up, etwa von Bewohner*innen, NGOs und sozialen Bewegungen, initiiert werden. Dazu gehören stadtplanerische Maßnahmen ebenso wie Nutzungskonflikte, Proteste und Aneignungsprozesse (BAURIEDL et al. 2010; HARVEY 2006; MASSEY 2005; SCHMINCKE 2009). Aneignung findet dabei oft auch „im Kleinen“ und in den alltäglichen sozialen Interaktionen statt. Das heißt, wie sich Personen im öffentlichen Raum bewegen, wie sie Raum beanspruchen, welche alltäglichen Begegnungen stattfinden oder auch nicht stattfinden, prägt die Beziehung von Menschen zueinander, aber auch gegenüber ihrer bebauten Umwelt. Der öffentliche Raum ist somit ein Sozialraum und ein Ort, wo Machtverhältnisse verhandelt werden (ebd.).

Nicht nur die Stadtplanung, auch politische Aktivitäten und wirtschaftliches Handeln zielen auf den öffentlichen Raum ab. Dies betrifft etwa sicherheitspolitische Maßnahmen und die Ausverhandlung von Normvorstellungen. Diese zwei Aspekte, auf die wir in den folgenden Unterkapiteln näher eingehen werden, sind für den vorliegenden Forschungsbericht von Bedeutung, um unsere Ergebnisse einbetten zu

können und informelle Zugangsbarrieren sowie Exklusionsmechanismen im öffentlichen Raum besser zu verstehen.

2.1 Räumliche Aspekte gesellschaftlicher Teilhabe

Wir verstehen den städtischen Raum als ein Mosaik öffentlicher, halböffentlicher und privater Räume. Der Zugang zu jeder dieser Sphären ist an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft, wobei vor allem den individuellen ökonomischen Ressourcen eine hohe Bedeutung zukommt, da immer mehr Räume nur noch kommerziell genutzt werden können. Gleichzeitig bestimmt die private Wohnsituation maßgeblich, wie sehr Personen auf den öffentlichen Raum angewiesen sind. Und auch bei öffentlichen Räumen, die keine formellen Zugangsbarrieren aufweisen, werden der Zugang und die Nutzung durch (ungleiche) Machtverhältnisse strukturiert. Während so manches Nutzungsverhalten erwünscht ist und durch die Stadtplanung sogar gefördert wird, indem eine entsprechende Infrastruktur bereitgestellt wird, wird unerwünschtes Nutzungsverhalten oftmals sanktioniert und beschränkt. Zudem spielen soziale Kontrolle, Diskriminierung und auch Themen wie Mobilität eine Rolle. Öffentliche Räume sind also nicht neutral, sondern das Produkt von Konflikten um Verteilung, Teilhabe und Zugang (AELBRECHT & STEVENS 2019; AELBRECHT et al. 2019; MARCETTI et al. 2020).

Im öffentlichen Raum sind dabei bauliche Strukturen und die Gestaltung von Bedeutung, insbesondere aber auch soziale Dynamiken und Begegnungen. Die breite Palette aktiver und passiver sozialer Interaktionen im öffentlichen Raum ist mitentscheidend für das Entstehen von Gemeinschaftsgefühl, Identität und sozialer Kohäsion. Der öffentliche Raum ist aber auch ein Ort, wo im Rahmen alltäglicher Begegnungen Diskriminierungs-, Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen gemacht werden, die dazu führen, dass sich bestimmte Personen nicht sicher oder willkommen fühlen. Soziale Kohäsion und Zusammenhalt sollten dabei weit gefasst werden und bestehen nicht bloß aus Freundschaften oder bereits bestehenden Netzwerken, sondern auch aus Gruppen mit schwachen oder losen sozialen Bindungen zueinander. Die gleichzeitige Präsenz von unterschiedlichen Gruppen kann einerseits durch planerische Maßnahmen und entsprechendes Design gefördert werden, übermäßige Regulierung sollte allerdings vermieden werden, damit auch Platz für Selbstorganisation bleibt beziehungsweise entstehen kann. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Zugehörigkeit, Wohlbefinden und Sicherheitsgefühl primär dort entstehen, wo öffentlicher Raum vielfältige Nutzungen zulässt (MEHTA 2019; PETERS et al. 2010; QI et al. 2024).

Sichtbare Vielfalt beziehungsweise die Präsenz unterschiedlicher Gruppen im öffentlichen Raum können auf individueller Ebene das Zugehörigkeitsgefühl von Nutzer*innen zu einem Ort, einem Viertel und einer Stadt fördern, und zwar unabhängig von ihrem sozialen, kulturellen und ökonomischen Hintergrund und unabhängig von Alter und Geschlecht. Darüber hinaus bietet die Möglichkeit vielfältiger Begeg-

nungen die Chance auf eine Verbesserung der Akzeptanz anderer Lebensrealitäten. Sich in der eigenen Nachbarschaft wohl und akzeptiert zu fühlen trägt maßgeblich zu einem positiven Lebensgefühl bei und fördert neben einem Zugehörigkeitsgefühl auch das Vertrauen. Vor allem für Personen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, aber auch bei Vereinsamung oder Gewalterfahrungen im eigenen Zuhause ist es wichtig, dass der öffentliche Raum Ausweichmöglichkeiten und Rückzugsräume bietet. Das Gefühl, bestimmte Orte in seiner unmittelbaren Umgebung meiden zu müssen, oder ein ständiges Unwohlsein auf dem Arbeits- oder Schulweg hemmen hingegen die Identifikation mit der Stadt und dem eigenen Viertel. Dabei spielen vor allem Räume, in denen sich Stadtbewohner*innen in ihrem alltäglichen Leben bewegen, eine wichtige Rolle und sind entscheidend dafür, ob Personen öffentliche Räume aktiv nutzen und regelmäßig frequentieren (AELBRECHT et al. 2019; CATTELL et al. 2008; NIELSEN 2019).

Schließlich ist der öffentliche Raum ein zentraler Ort, wo Personen erreicht werden können, die sonst nicht so leicht greifbar sind. Dies ist gerade dann relevant, wenn Personen aufgrund von ökonomischen Ungleichheiten und finanziellen Hürden keinen Zugang zu Freizeitangeboten haben. Diese soziale Exklusion bedeutet den Ausschluss aus sozialen Netzwerken und ist durch einen Mangel an Teilhabemöglichkeiten gekennzeichnet; „dies bezieht sich auf materielle Teilhabe, politisch-institutionelle Partizipation (inkl. Recht) sowie auf kulturelle Teilhabemöglichkeiten“ (WEHRHEIM 2006, p. 37). Solche Ungleichheiten sind in Städten nicht nur wahrnehmbar, sie werden in und durch räumliche Strukturen auch fixiert und reproduziert.

Der öffentliche Raum bietet die Möglichkeit, niederschwellige Angebote zu schaffen, die darauf abzielen, möglichst viele Menschen zu erreichen. Für die soziale Arbeit ist der öffentliche Raum ein wichtiger Rahmen, um sowohl zielgruppenspezifische Angebote als auch möglichst breite Angebote zu setzen. Maßnahmen im Zuge der aufsuchenden oder mobilen sozialen Arbeit nehmen gezielt Straßen, Parks, Bahnhöfe und andere öffentliche Orte in den Fokus. Dabei werden Konflikte im öffentlichen Raum begleitet, es werden soziale Dienstleistungen und Informationen bereitgestellt und verschiedene Angebote gesetzt, die von Freizeitgestaltung über Sport und gesundheitsfördernde Maßnahmen bis zu Kunst und Kultur sowie Maßnahmen zur Förderung der demokratischen Partizipation reichen (HAAG 2023; KIRSCH-SORIANO DA SILVA & STOIK 2023). Auch im Fall von Erwerbsarbeitslosigkeit oder Krankheit, die mit gesellschaftlichem Rückzug und dem Ausschluss aus bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verbunden sein können, ist der öffentliche Raum ein wichtiger Bereich, in dem gesellschaftliche Teilhabe weiterhin stattfinden kann. Dies unterstreicht die kulturelle, soziale und politische Funktion des öffentlichen Raums sowie seine gesamtgesellschaftliche Relevanz.

2.2 Normvorstellungen und soziale Kontrolle in öffentlichen Räumen

Wie sich die theoretische Offenheit des öffentlichen Raums in der Praxis gestaltet, hängt stark von gesellschaftlichen Normvorstellungen ab: Sie sind bestimmend dafür, welche Verhaltensweisen im öffentlichen Raum geduldet werden und welche nicht (KASPAR & BÜHLER 2006). Die Einhaltung dieser Normen wird unter anderem durch das Ausüben sozialer Kontrolle eingefordert, die „sowohl staatliche als auch private Mechanismen und Techniken [umfasst], mit denen eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe versucht, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, den von ihr aufgestellten Normen als Verhaltensanforderungen Folge zu leisten“ (SINGELNSTEIN & STOLLE 2012, p. 11). So entsteht eine Art ungeschriebenes Regelwerk, auf das sich die Bevölkerung weitgehend verlassen kann. Es „operiert nicht nur in Form von Herrschaft, also im Modus von Verbot und Befehl, sondern schafft vor allem Anreize, legt Handlungsweisen nahe und etabliert Rahmenbedingungen“ (MARQUARDT 2024, p. 37). Diese Regulierung des Verhaltens der Stadtbevölkerung trägt maßgeblich dazu bei, dass alltägliche Abläufe in der Stadt auch ohne offizielle Vorschriften funktionieren.

Normvorstellungen definieren somit, was als akzeptables Verhalten im öffentlichen Raum gilt, wobei diese Normen häufig durch gesellschaftliche Erwartungen und Werte bestimmt werden und nicht statisch sind, sondern stetig neu verhandelt werden. Unerwünschtes Verhalten wird dabei einerseits durch institutionelle Rahmenbedingungen festgeschrieben – beispielsweise in Form von Parkordnungen – und durch Akteur*innen wie die Polizei oder die Stadtverwaltung sanktioniert, andererseits wird es in den alltäglichen Kontakten verschiedener Nutzer*innen ausgehandelt und durchgesetzt. Verschiedene Örtlichkeiten sind dabei mitunter durch divergierende Rahmenbedingungen geprägt, die wesentlich von der üblichen Nutzung und der Besucher*innenstruktur abhängig sind. So haben Personen an einen Spielplatz für Kleinkinder andere Erwartungen bezüglich des Verhaltens und der Nutzung von Besucher*innen als an einen Wald, einen Sportplatz oder einen Grillplatz. Der Zugang zu diesen Räumen wird in der Praxis somit durch Regeln, die angedachte Nutzung, die sozialen Normen sowie die Art und Weise, wie diese kontrolliert und durchgesetzt werden, eingeschränkt.

Ein einheitliches Normensystem existiert jedoch nicht, und insbesondere die Diversifizierung und die Flexibilisierung der Lebenswirklichkeiten von Stadtbewohner*innen haben dazu beigetragen, dass viele unterschiedliche Wertvorstellungen koexistieren. Seit neoliberale Marktprinzipien zunehmend die Entwicklung von Städten mitbestimmen, steht nicht mehr ausschließlich das Funktionieren der Gesellschaft im Vordergrund, vielmehr hat die Attraktivität öffentlicher Orte für Investitionen und das Zirkulieren von Kapital an Bedeutung gewonnen (KERN 2014; MATTISSEK 2008). Die Verdrängung von Personen, die besonders auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, ist durch die Kommerzialisierung und die Privatisierung von öffentlichem Raum in vielen Städten verstärkt worden.

Um die wirtschaftliche Attraktivität von Städten zu fördern, wurden neue und subtilere Techniken etabliert, die unerwünschte Raumnutzung und unerwünschtes Verhalten einzudämmen suchen. Dazu gehören Überwachung und defensive Architektur – also Bänke mit Armlehnen, Sitzgelegenheiten aus kaltem Material, getrennte beziehungsweise alleinstehende Sitze und sogenannte Taubenstacheln. Aber auch das Entfernen von Sitzgelegenheiten und die Dauerbeschallung mit Geräuschen oder Musik zählen zu Techniken, die unter defensive – oder disziplinierende – Architektur fallen. Auch wenn dies primär auf Gruppen abzielt, die (sichtbar) gesellschaftlich marginalisiert sind, wirkt sich diese Art von räumlicher Gestaltung auch auf andere Personen negativ aus. So ist es insbesondere für Personen, die weniger mobil oder gesundheitlich beeinträchtigt sind, nachteilig, wenn sie keinen Platz zum Sitzen haben, um sich zwischendurch auszuruhen. Dies wirkt sich negativ auf ihre Rauman eignung und die Mobilität im öffentlichen Raum aus (ECKARDT 2024; SMITH & WALTERS 2018) und verdeutlicht, dass solche Maßnahmen der Stadt- und Raumplanung weitreichendere Konsequenzen haben als bloß das augenscheinliche und unmittelbare Ziel. Durch solche direkten und indirekten Verdrängungsprozesse werden soziale Ungleichheiten, Ausgrenzung und Armut unsichtbar gemacht, für die Betroffenen sind sie aber umso stärker spürbar. Diese Entwicklungen lassen sich räumlich nicht immer klar abgrenzen, die Übergänge sind mitunter fließend, wie Tendenzen der Mikrosegregation innerhalb von Stadtteilen zeigen (MALOUTAS et al. 2025).

Räumliche Nutzung bedeutet auch Konkurrenz um die Aneignung dieser Räume sowie daraus entstehende Nutzungskonflikte, die sich in verschiedenen Stadtteilen unterschiedlich manifestieren. Nicht alle Bewohner*innen sind dabei gleich mobil, was die Zugänglichkeit zu öffentlichen Räumen einschränkt oder fördert. Dies ist auch relevant für die Erreichbarkeit der Naherholungsgebiete und der größeren Parkanlagen, die innerhalb von Städten – wie auch in Wien – meist ungleich verteilt sind und nur durch Mobilität zugänglich sind. Mobilitätsmuster und -verhalten sind stark unterschiedlich und von verschiedenen Faktoren wie Sozialisierung, Alter, sozialem Umfeld, Wohnort und der verfügbaren Verkehrsinfrastruktur abhängig. Während Menschen mit ausreichenden finanziellen Mitteln tendenziell mobiler sind und auch auf kommerziell genutzte Flächen in ihrem Wohnumfeld zurückgreifen können, sind andere Personen mit geringen finanziellen Ressourcen auf den Park „um die Ecke“ angewiesen. Der Ausschluss von zentralen Orten der Städte – räumlich wie sozial – bedeutet auch den Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen (WEINHOLD et al. 2016). Es spielt dabei nur bedingt eine Rolle, wie sich diese Gruppen tatsächlich verhalten, oftmals ist die reine Präsenz der Personen ausreichend, um sie als „normabweichend“ wahrzunehmen. Damit im Zusammenhang steht das Gefühl von Sicherheit als wichtige gesellschaftliche Ressource, das im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion verhandelt wird.

2.3 *Sicherheit und Unsicherheit im urbanen öffentlichen Raum*

Insgesamt haben europäische Städte in den letzten Jahren gravierende Veränderungen erlebt, die von globaler Standortkonkurrenz, Kommodifizierung und Globalisierungslogik geprägt sind. Wie bereits im letzten Abschnitt erwähnt, führt die verstärkte Ausrichtung der Städte, Konsummöglichkeiten zu schaffen, zu einer „ordnungspolitische[n] Administration zentraler Orte und Plätze, die sich vor allem gegen die sichtbare Anwesenheit von marginalen Gruppen richtet“ (RONNEBERGER 2000, p. 313). Dies bedeutet nicht nur den Rückgang von öffentlichen Räumen, die durch halböffentliche Räume abgelöst werden, sondern auch die drastische Einschränkung des freien Zugangs zu diesen Räumen. In der Regel haben solche semi-öffentlichen Plätze eigene Hausordnungen. Durch die zunehmende Privatisierung von grundlegenden Dienstleistungen entstehen somit neue Möglichkeiten, gewisse einschränkende Vorstellungen über die Nutzung (semi-)öffentlicher Räume durchzusetzen. Der Einsatz von (haus)eigenem Sicherheitspersonal ist ein prominentes Beispiel dafür und ermöglicht es, Regelverstöße zu ahnden, auch wenn diese strafrechtlich nicht relevant sind (FLOHÉ & KNOPP 2009; HARVEY 2006; MATTISSEK 2008).

Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten hat das Thema Sicherheit einen Bedeutungswandel erfahren. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellten eine sicherheitspolitische Zäsur dar, infolge derer urbane Kontrollregime signifikant umgebaut und Kompetenzen in Bezug auf die digitale Überwachung rechtlich ausgebaut wurden (GLASZE et al. 2005; KERN 2014; PAIN & SMITH 2008; SANDERCOCK 2003). Aktuelle Sicherheitsdiskurse fokussieren allerdings weniger auf die Abwesenheit von Gefahr, sondern vielmehr auf Themen wie Sauberkeit, Ordnung und die Abwesenheit unerwünschter Personengruppen und somit auch Phänomene wie Betteln, Drogen- und Alkoholkonsum (HUNOLD 2005; JAWAD & STIEGLER 2018; SCHWERHOFF 2000). Fragen der urbanen (Un-)Sicherheit haben in der Stadtplanung, der Politik und der Marktwirtschaft einen gleichermaßen zentralen Stellenwert, auch in Städten mit vergleichsweise niedrigen Kriminalitätsraten, wie zum Beispiel Wien (LISTERBORN 2016; WEHRHEIM 2006).

Für die Erklärung von Verschmutzung und Verwahrlosung spielt die Broken-Windows-Theorie eine wichtige Rolle. Diese kriminologische Theorie besagt, dass sichtbare Anzeichen von Unordnung, Vernachlässigung und Verschmutzung, wie etwa Müll, Graffiti oder eben zerbrochene Fensterscheiben, aber auch die Anwesenheit von (unerwünschten) Personengruppen wie Obdachlosen oder Drogenabhängigen, Gefühle der Unsicherheit fördern. Das Erscheinungsbild eines Ortes würde somit maßgeblich die Wahrnehmung dieses Ortes beeinflussen, unabhängig von tatsächlichen Kriminalitätsraten, und in der Folge zu einer (weiteren) Verwahrlosung des jeweiligen Raums führen sowie Kriminalität anziehen. Diese Theorie wirkt sich wesentlich auf die Polizeiarbeit in Städten aus, weshalb auch kleinere Delikte geahndet werden, wie etwa Vandalismus, Alkoholkonsum im öffentlichen Raum und die Verursachung von Müll. Das Wahren

von Sauberkeit und Ordnung wird mit der Reduktion beziehungsweise der Prävention von Kriminalität gleichgesetzt, und kleinere Vergehen beziehungsweise Phänomene, die sogar außerhalb des Strafrechts liegen, werden sanktioniert (GARCÍA-TEJEDA & FONDEVILA 2023; KERN 2014; LITSCHER 2011; SCHREIBER 2005).

Große Bedeutung wird in diesen Diskursen dem subjektiven Sicherheitsgefühl beigemessen, denn dieses ist weitgehend entkoppelt von tatsächlicher Kriminalität oder einer Bedrohungslage. Obwohl das Gefühl von (Un-)Sicherheit stark variiert – eben subjektiv ist –, wird es in der politischen und planerischen Praxis in der Regel wie ein herstellbarer Zustand oder ein erwerbliches Gut gehandhabt. Im vorliegenden Kontext wird Sicherheit aber nicht als objektivierbarer, durch geeignete Maßnahmen erreichbarer Zustand gesehen und auch nicht lediglich als das Gegenteil von Unsicherheit, sondern sie wird als soziale Konstruktion begriffen, die ihre Bedeutung erst durch gesellschaftliche Interaktion erlangt (s. z. B. WIBBEN 2016, 2011). Der Fokus auf (Un-)Sicherheit als Gefühl ermöglicht die Entkopplung von tatsächlichen Gefahren und ihren gesellschaftlichen Ursachen.

Dies wird beispielsweise deutlich, wenn man städtische Sicherheitsdebatten in Bezug auf Frauen betrachtet. Sicherheit wird in der geschlechtersensiblen Planung eine zentrale Bedeutung zugeschrieben, der planerische Fokus liegt dabei allerdings auf baulich-gestalterischen Maßnahmen, die sogenannte Angsträume für Frauen weniger angstbesetzt machen sollen. Dies birgt die Gefahr einer Entpolitisierung des Sicherheitsbegriffs, da gesellschaftliche Machtverhältnisse und gewaltvolle patriarchale Strukturen nicht thematisiert werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl einzelner Personen ist maßgeblich von persönlichen Erfahrungen beeinflusst. Es ist daher notwendig, private und öffentliche Räume verschränkt zu betrachten. Dies unterstreicht einmal mehr, dass Sicherheit ein komplexes Phänomen ist, das sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht und multidimensionale sowie holistische Maßnahmen erfordert (DAY 2001; KOSKELA & PAIN 2000; LISTERBORN 2016; PAIN & SMITH 2008; RUHNE 2011; WASTL-WALTER 2010).

3 Forschungsdesign, Methoden und empirisches Material

3.1 *Forschungsdesign und Datenbasis*

Um öffentliche Räume als relational konstruierte soziale Räume empirisch fassen zu können (s. z. B. LEFEBVRE 2013; MEHTA 2022), haben wir verschiedene qualitative Methoden der Raumforschung kombiniert (DELYSER et al. 2010; HEINRICH et al. 2021; WINTZER 2018). Im Rahmen des Projekts *D.Rad* wurde die methodische Vorgehensweise gemeinsam mit der Universität Helsinki entwickelt und kam nicht nur in Wien und Helsinki, sondern auch in Florenz, London, Pristina und Tiflis zur Anwendung⁴. Das übergeordnete Ziel des Forschungsdesigns war neben einer Erhebung der räumlichen Charakteristika der Städte die Durchführung einer Fallstudie zu einem ausgewählten Platz und seiner Umgebung sowie den dort stattfindenden sozialen Interaktionen. Die empirische Vorgehensweise erfolgte in drei ineinandergreifenden Schritten und umfasste Expert*inneninterviews, teilnehmende Beobachtungen sowie zwei aufeinanderfolgende interaktive Workshops mit einer jeweils unterschiedlichen Zusammensetzung der Teilnehmenden. Dies ermöglichte es uns, einerseits Narrative über individuelle und praxisbezogene Wahrnehmungen dieser Räume zu sammeln und andererseits diese Räume zu beobachten und zu erleben.

Für die Analyse haben wir sowohl die Interviews als auch die Gespräche, die im Rahmen der beiden interaktiven Workshops stattfanden, transkribiert und ausgewertet. In weiterer Folge haben wir eine thematische Analyse des Textmaterials durchgeführt (Boyatzis 2006; BRAUN & CLARKE 2022). Alle in diesem Bericht verwendeten Zitate wurden anonymisiert.

3.2 *Die Ebene der Stadt: Hintergrundrecherche und Expert*inneninterviews*

Ausgehend von einer Literatur- und Dokumentenrecherche zum öffentlichen Raum in Wien wurden im ersten empirischen Schritt leitfadenunterstützte Interviews mit Schlüsselakteur*innen durchgeführt. Sie dienten unter anderem dazu, aktuelle Herausforderungen in der Stadt und rezente Entwicklungen zu identifizieren. Expert*inneninterviews haben den Vorteil, dass die Gesprächspartner*innen oftmals über Wissen

⁴ Alle Research Reports zu den anderen Städten sind abrufbar unter <<https://cordis.europa.eu/project/id/959198/results>>.

verfügen, das anders nicht oder nur schwer zugänglich ist. Direktes Interviewen ermöglicht es, zielsicher nach Informationen zu fragen, die für das Forschungsvorhaben relevant sind. Darüber hinaus können Prozesse rekonstruiert und Abläufe nachvollziehbar gemacht werden. Diese sind in der Stadtplanung insbesondere im Fall von Beteiligungsverfahren oft langwierig. Expert*innen können Hintergründe und Entwicklungen aus ihrer Wahrnehmung wiedergeben (BOGNER et al. 2014; DEPPERMAN 2013; MIEG & BRUNNER 2004).

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was genau einen Experten oder eine Expertin ausmacht. Diese reichen von eher breit gefassten Definitionen, dass jede Person in einem bestimmten Bereich über Expert*innenwissen verfügt, bis zu engen Auslegungen, die eine einschlägige Qualifikation als notwendig erachten. Für den vorliegenden Kontext wählten wir Personen mit einschlägiger beruflicher Expertise aus, da der Zweck der Interviews darin begründet war, den räumlichen Fokus unserer Fallstudie zu erarbeiten. Die insgesamt sechs Interviews führten wir zwischen Dezember 2022 und Jänner 2023 durch. Unsere Interviewpartner*innen (siehe Details im Anhang) waren hauptsächlich in der Stadtverwaltung, der sozialen Arbeit und der Wissenschaft tätig. Neben ihrem konkreten Tätigkeitsbereich waren wir an einer allgemeinen Beschreibung und Bewertung des öffentlichen Raums in Wien, der Rolle der Stadtplanung und der Governance des öffentlichen Raums sowie an der Identifizierung von problematischen und positiven Beispielen öffentlicher Räume interessiert. Ein weiteres Ziel der Interviews mit den Expert*innen war es, einen öffentlichen Platz in Wien zu identifizieren, wo wir unsere Fallstudie durchführen konnten.

3.3 Die Fallstudie: Teilnehmende Beobachtung und interaktive Workshops

Im Rahmen der Expert*inneninterviews wurde der Reumannplatz im zehnten Wiener Gemeindebezirk Favoriten aufgrund des dort herrschenden hohen Nutzungsdrucks sowie kontroverser öffentlicher und politischer Debatten mehrfach genannt. Deshalb wählten wir ihn schließlich für unsere Fallstudie aus. Dafür machten wir uns zunächst mit der Örtlichkeit vertraut und besuchten den Reumannplatz, anliegende Parks und das Grätzl rundherum, machten Fotos und erstellten Feldnotizen sowie Memos, arbeiteten also im Sinne einer teilnehmenden Beobachtung (CLARK et al. 2009; TABÁČKOVÁ 2021). Von März bis Juni 2023 besuchten die Mitglieder des Forschungsteams den Reumannplatz und seine Umgebung insgesamt siebenmal. Diese Besuche fanden zu verschiedenen Tageszeiten sowie unter der Woche und am Wochenende statt, um verschiedene Arten und Intensitäten der Nutzung zu erfassen.

Im Zentrum der Fallstudie standen die beiden interaktiven Workshops. Zum ersten Workshop luden wir Expert*innen aus den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit, Stadtplanung und Lokalpolitik ein, die im Rahmen ihrer Arbeit mit dem Reumannplatz

vertraut und verbunden sind. Die Rekrutierung der Teilnehmer*innen des ersten Workshops erfolgte mittels Kontaktaufnahme mit Organisationen und Vereinen, die vor Ort tätig sind. Die gewünschte Teilnehmer*innenzahl zu erreichen war kein Problem, insgesamt stellten wir ein hohes Interesse am Thema sowie eine ausgeprägte Bereitschaft zur Teilnahme fest.

Im Rahmen des zweiten Workshops sprachen wir mit Schüler*innen der achten Klasse einer höheren Schule in der Nähe des Reumannplatzes. Die Rekrutierung erwies sich in diesem Fall als äußerst schwieriges Unterfangen, womit wir nach der ersten Veranstaltung mit den Stakeholder*innen nicht gerechnet hatten. Für diesen Teil der empirischen Erhebung suchten wir Jugendliche, die entweder in der Nähe des Reumannplatzes wohnen oder arbeiten beziehungsweise zur Schule gehen und diesen Platz daher regelmäßig aufsuchen. Der Workshop fand Ende Juni mit sechs Schülerinnen und einem Schüler einer Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schule in ihrem Klassenzimmer statt. Als Aufwandsentschädigung erhielten die Teilnehmenden Wunschgutscheine im Wert von 20 Euro.

Abbildung 1: Beispiel für Spielkarten (Workshop I)



Quelle: Projekt *D.Rad*.

Für die beiden interaktiven Workshops entwickelten wir ein Set von Karten ähnlich Spielkarten, auf denen die leitenden Fragen und mehrere Unterfragen abgedruckt waren. Der Zweck der Spielkarten war es, die Diskussionen thematisch zu steuern und gleichzeitig eine freie Diskussion innerhalb der Themenblöcke zu ermög-

lichen. Diese spielerische Herangehensweise fördert eine informelle Atmosphäre, die die Teilnehmer*innen zur Zusammenarbeit als Gruppe und zu neuen Gedankengängen einlädt (s. z. B. SUTTON 2011).

Im ersten interaktiven Workshop verwendeten wir ein Kartendeck mit zwei thematischen Blöcken. Der erste Block umfasste „sozialräumliche Aspekte“ des Reumannplatzes und seiner Umgebung, der zweite „Akteur*innen und Prozesse“. Für die Diskussion mit den Jugendlichen fügten wir ein drittes Kartendeck hinzu, das Fragen zu „Inklusion und Exklusion“ beinhaltete. Die thematischen Blöcke wurden je nach Teilnehmer*innengruppe sprachlich angepasst, dies war insbesondere für den Workshop mit den Jugendlichen relevant. Darüber hinaus enthielt jedes Deck offene Karten, um weitere Themen, Fragen und Ideen zu notieren sowie Karten für die Angabe von Herausforderungen und Lösungen.

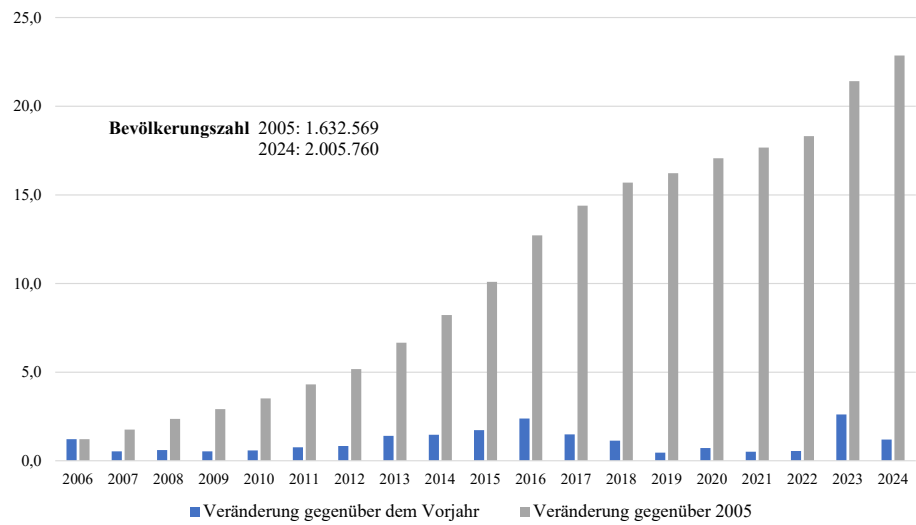
Bei beiden Workshops wurden die Teilnehmenden in zwei Gruppen aufgeteilt. Die thematischen Blöcke wurden jedes Mal der Reihe nach besprochen; die Karten wurden nicht alle gleichzeitig aufgelegt, sondern die Teilnehmer*innen konnten die Karten selbstständig wählen und wechselten sich beim Vorlesen der Fragen mit der Moderation ab. Das heißt, dass die Mitglieder des Forschungsteams bei Fragen und Unklarheiten unterstützten, aber sonst kaum in die Gespräche eingriffen. Unter den Praktiker*innen des ersten interaktiven Workshops verliefen die Diskussionen sehr angeregt, weil die Teilnehmer*innen einander bereits aus ihren beruflichen Kontexten kannten und es gewohnt sind, über die für die Studie relevanten Themenfelder zu sprechen. Die Gespräche der Schüler*innen im Rahmen des zweiten Workshops verliefen zumindest teilweise stockender und zurückhaltender.

4 Zum öffentlichen Raum in Wien und zur Fallstudie Reumannplatz

4.1 Die Stadt Wien als Forschungsobjekt

Wien ist aus mehreren Gründen ein interessantes Beispiel, um Spannungsfelder rund um Zugänge zu und Ausschlüsse von öffentlichen Räumen, Nutzungsbedürfnisse und gesellschaftliche Teilhabe zu beleuchten. Wien ist eine stark wachsende und diverse Stadt. Als Hauptstadt und einzige Metropole nimmt sie eine einzigartige Position innerhalb Österreichs ein. Zudem unterscheiden sich die Verwaltungsstruktur und die politische Landschaft Wiens stark vom Rest Österreichs. Das Rote Wien hat seit dem Zweiten Weltkrieg die Stadtplanung und vor allem den sozialen Wohnbau geprägt. Gleichzeitig steht die Stadt aktuell vor einer Reihe von stadtplanerischen Umbrüchen und Herausforderungen, die vor allem mit dem Klimawandel und dem Bevölkerungswachstum in Verbindung stehen.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung Wiens von 2005 bis 2024 in Prozent



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen und Darstellung.

Wien ist eine vielfältige Stadt mit einer langen Migrationstradition. Die Wiener Stadtbevölkerung ist dementsprechend ethnisch, kulturell, religiös und sprachlich divers (LEHNER et al. 2022; VERWIEBE et al. 2015). Von 2005 bis 2024 wuchs die Bevölkerung um rund 373.000 (von 1,6 auf zwei Millionen) – ein Umstand, der vor allem auf internationale Zuwanderung zurückzuführen ist. Je nach Definition schwankt der Anteil der Zuwander*innen in der Stadt zwischen 30,8 Prozent (nach der Staatsangehörigkeit) und 36,7 Prozent (nach dem Geburtsland); werden beide Dimensionen kombiniert, lag er im Jahr 2022 bei 42,6 Prozent.⁵ Angesichts dieser lebhaften Bevölkerungsentwicklung sieht sich die Stadt mit einem wachsenden Bedarf und Druck auf dem Wohnungsmarkt, bei sozialen Diensten, in den Schulen und – nicht zuletzt – im öffentlichen Raum konfrontiert.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Wien bereits während der Gründerzeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Industrialisierung einen enormen Bevölkerungs- und Gebäudezuwachs erlebte. Mehr als 40.000 Gebäude mit 300.000 Wohnungen wurden in dieser Zeit in Wien errichtet (KOHLBACHER & REEGER 2020). Im Zuge dieses Urbanisierungsschubs wurde extrem dicht gebaut – zulasten von Grünflächen und öffentlichen Räumen. Anstatt große und weitläufige Parkanlagen einzuplanen, wurde meist ein einzelner Baublock im Rasterschema freigelassen, in dem ein Park, der typische „Beserlpark“, eingerichtet wurde. Abbildung 3 auf der nächsten Seite zeigt eine solche typische Freifläche in einem Gründerzeitgebiet.

Die Bebauung beziehungsweise die Ausstattung folgen hier in der Regel einem ähnlichen Muster: Es gibt Kinderspielbereiche für verschiedene Altersgruppen, meist einen Ballsportkäfig und eine Hundezone, manchmal auch Tischtennistische sowie Bänke und Tisch-Bank-Kombinationen. Zumeist kommen ähnliche und weitgehend standardisierte Ausstattungselemente zum Einsatz. Freie Grünflächen oder Wiesen sind in der Regel nur sehr marginal vorhanden. Vielmehr sind die Flächen in diesen Parks stark funktionalisiert und dienen vor allem der Grundversorgung mit Grün- und Freizeiträumen, ohne jedoch größere gestalterische oder ökologische Qualitäten zu entfalten. Auch nutzungsflexible und gemeinschaftsorientierte Räume sind in solchen Anlagen meist nur eingeschränkt vorhanden.

Gerade in solchen kleineren Parks ist der steigende Nutzungsdruck im Zuge des rasanten Bevölkerungswachstums zu bemerken, was zu einer zunehmenden Belastung der Infrastruktur und der natürlichen Ressourcen sowie zu Konflikten zwischen verschiedenen Nutzer*innengruppen führt.

⁵ Bevölkerungsstand Stadt Wien <<https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerungsstand>> (letzter Zugriff 9. 10. 2025).

Abbildung 3: Humboldtpark im zehnten Wiener Gemeindebezirk Favoriten

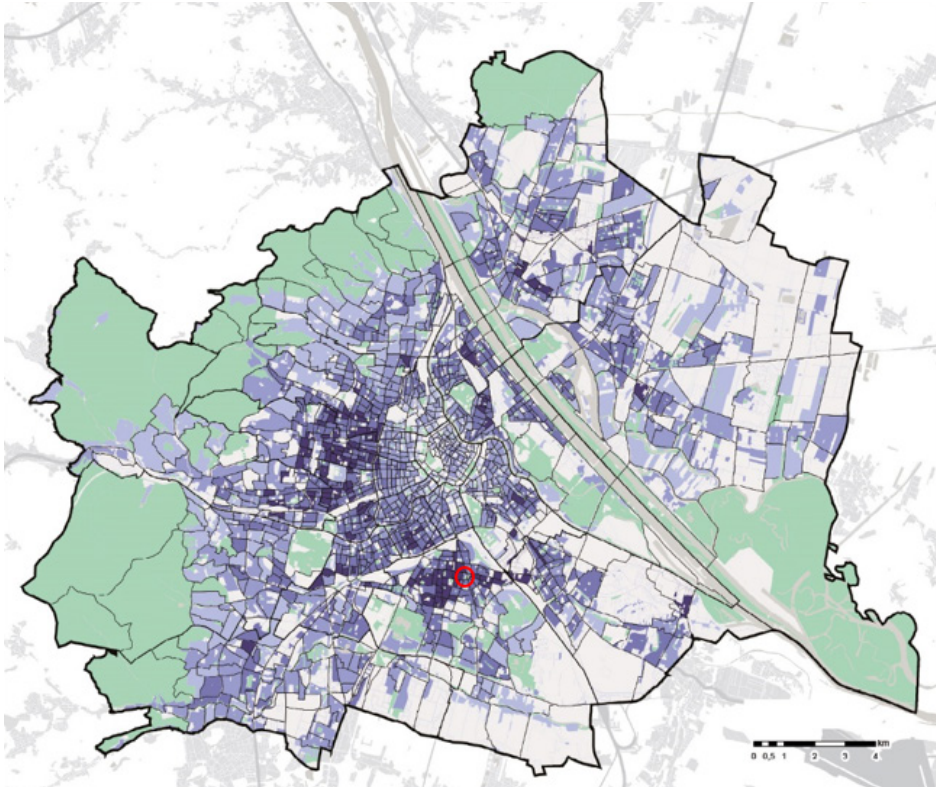
Foto: Ursula Reeger.

Abbildung 4 illustriert diesen Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum im gesamten Stadtgebiet auf der Ebene der Zählgebiete. Je dunkler das Blau ist, desto höher ist der Nutzungsdruck. Hierbei wird deutlich, dass der Nutzungsdruck vor allem im innerstädtischen Bereich außerhalb des Gürtels hoch ist. Die Karte weist zudem bestehende Grünflächen aus: In Wien besteht etwa die Hälfte des Stadtgebiets aus Grünflächen – ein im internationalen Vergleich außergewöhnlich hoher Anteil –, dennoch haben nicht alle Menschen im Alltag schnellen und einfachen Zugang zu solchen Flächen (FRUCHTLEHNER et al. 2023). Ein Blick auf die Karte zeigt, dass sich große Naherholungsgebiete auf die Außenbezirke Wiens und oft wohlhabendere Gegenden konzentrieren. Im Stadtzentrum und in den dicht bebauten Wohngebieten aus der Gründerzeit, die durch einen hohen Anteil an Migrant*innen gekennzeichnet sind, sind im Vergleich dazu nur wenige und kleine Grünflächen vorhanden (STADT WIEN – INTEGRATION UND DIVERSITÄT 2020). Mit anderen Worten: Obwohl Wien insgesamt über vergleichsweise viel Grünraum verfügt, gibt es in vielen Stadtteilen ein Defizit an öffentlich zugänglichen Grünflächen, und insbesondere Menschen, die in dicht besiedelten Gebieten wohnen, sind nicht ausreichend damit versorgt.

Neben der baulichen Dichte haben auch soziodemografische Faktoren großen Einfluss darauf, wie stark der Druck auf den öffentlichen Raum ist. Daten zu Wien zeigen, dass mit steigenden Armutsindikatoren auch der Druck auf den öffentlichen

Raum zunimmt (ebd.). Finanziell benachteiligte Menschen leben zumeist in überbelegten Wohnungen ohne privaten Freiraum und haben aufgrund begrenzter finanzieller Mittel nicht die Möglichkeit, fehlenden Grünraum durch Reisen oder kostenpflichtige Angebote auszugleichen.

Abbildung 4: **Potenzieller Nutzungsdruck auf öffentliche Freiflächen in Wien auf Zählgebietsebene (2019)**



Quelle: Stadt Wien, Magistratsabteilung 17, Integration und Diversität.

Der rote Kreis markiert das Gebiet unseres Fallbeispiels, den Reumannplatz.

Der Grünraum in Wien ist nicht nur auf gesamtstädtischer Ebene ungleich verteilt, sondern auch innerhalb einzelner Bezirke. Dies trifft vor allem auf die Bezirke außerhalb des Gürtels zu, da die Grünräume an den Bezirksaußengrenzen liegen. Abbildung 4 zeigt weiters die Lage unserer Fallstudie Reumannplatz. Dabei wird deutlich, dass Innerfavoriten und die Umgebung des Reumannplatzes von einem besonders hohen Nutzungsdruck gekennzeichnet sind.

4.2 Die Verwaltung des öffentlichen Raums in Wien

In Wien gibt es eine Vielzahl von Akteur*innen in der Stadtverwaltung und in Organisationen auf lokaler Ebene, die sich mit Aufgaben und Themen befassen, die öffentliche Räume betreffen. Die finanziellen Ressourcen, die für diesen Bereich zur Verfügung stehen, und der komplexe Verwaltungsapparat verdeutlichen das Bemühen der Stadt, der Bevölkerung attraktive öffentliche Räume zugänglich zu machen. Wie die Expert*innen in den Interviews aber betonten, kann diese Komplexität zu einem Hindernis werden, das Prozesse verlangsamt und verkompliziert. 23 Magistratsabteilungen (MA) sind an der Planung, der Erhaltung und der Betreuung des öffentlichen Raums beteiligt. Besonders hervorzuheben sind die MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung), die MA 19 (Architektur und Stadtgestaltung), die MA 21 (Bezirksplanung und Raumordnung), die MA 42 (Wiener Stadtgärten) und die MA 13 (Bildung und Jugend). Die MA 18 ist für die Erstellung des Stadtentwicklungsplans verantwortlich. Der aktuelle Wien-Plan, der Stadtentwicklungsplan 2035, erkennt die Beziehung zwischen öffentlichem Raum und sozialem Zusammenhalt an und betont die Wichtigkeit von Partizipation: „Bei Planungsvorhaben auf Stadtteil- und Projektebene werden Bürger*innen zur Mitwirkung eingeladen. Dadurch wird die Qualität der Lösungen verbessert und Konflikte werden vermieden. Unterschiedliche Lebensrealitäten und -phasen werden unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Herkunft in der Stadtplanung berücksichtigt“ (STADT WIEN, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (MA 18) 2025, p. 6).

Neben der Ebene der Stadt spielen auch die Bezirke eine wesentliche Rolle. Die Umsetzung vieler Maßnahmen im öffentlichen Raum wird in der Praxis oft auf Bezirksebene gebündelt und auch über Bezirksbudgets finanziert, weshalb Magistratsabteilungen und Bezirke eng zusammenarbeiten müssen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe relevanter Akteur*innen, die mit der Stadt Wien verbunden sind, wie zum Beispiel die Gebietsbetreuungen und die Lokale Agenda. Hinzu kommen weitere Akteur*innen wie Polizei, Geschäftsleute, NGOs, lokale Initiativen und Anwohner*innen, die die Verteilung und die Nutzung öffentlicher Räume (mit)verhandeln.

Für die vorliegende Analyse ist auch das dichte Netz an sozialarbeiterischen Angeboten der Stadt Wien im öffentlichen Raum relevant, die von Jugendarbeit und Konfliktmanagement bis hin zu Maßnahmen im Bereich Sucht (Alkohol, Drogen) und Obdachlosigkeit reichen. Einige dieser Angebote zielen explizit auf die Vermittlung bei Konflikten im städtischen Raum ab. So können die Bezirksverwaltungen beispielsweise „Fair-Play-Teams“ engagieren, die sich tagsüber um bestimmte Bereiche oder Parks kümmern und versuchen, Konflikte zu lösen. Einige der Organisationen, die im öffentlichen Raum tätig sind, haben als unabhängige Initiativen begonnen, während andere von Abteilungen der Stadtverwaltung entwickelt wurden. Heute sind jedoch fast alle Organisationen entweder direkt in die Verwaltungseinheiten der Stadt eingegliedert oder werden von der Stadt (teil)finanziert und arbeiten eng in ihren Strukturen

mit. Allerdings gibt es hier Unterschiede zwischen den Bezirken, da die Akteur*innenkonstellation variiert und die Vernetzung und die Zusammenarbeit unterschiedlich organisiert sind.

Um sozialarbeiterische Aufgaben im öffentlichen Raum und Zuständigkeiten zu koordinieren, wurde 2007 die Beratungsgruppe „Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ gegründet. Der Beratungsgruppe gehören Mitglieder verschiedener Magistratsabteilungen und wichtige Akteur*innen aus dem Bereich an. Gemeinsam mit Forscher*innen wurde ein Leitbild für soziale Arbeit im öffentlichen Raum formuliert, das auf die politische und soziale Bedeutung von öffentlichen Räumen hinweist: „Die Stadt Wien versteht den öffentlichen Raum als sozialen Raum mit politischer Bedeutung, der durch gesellschaftliche Machtverhältnisse strukturiert ist. (...) Die Stadt Wien wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung im und Verdrängung aus dem öffentlichen Raum“ (STADT WIEN – BERATUNGSGRUPPE SOZIALE ARBEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM o. J.).

Sowohl das Fachkonzept öffentlicher Raum, das dem Stadtentwicklungsplan zugrunde liegt, als auch das Leitbild für soziale Arbeit im öffentlichen Raum unterstreichen somit die Funktion von öffentlichem Raum als Sozialraum, die vielfältigen Lebensrealitäten der Stadtbewohner*innen und ihre unterschiedliche Angewiesenheit auf öffentliche Räume. In der Praxis ist Stadtplanung jedoch ein komplexer Prozess, der durch unterschiedliche Interessen bestimmt wird und oftmals auch die Perspektive von Wirtschaftstreibenden und Anwohner*innen miteinbezieht, wodurch nicht immer unbedingt die Perspektiven derer im Zentrum stehen, die besonders auf wohnortnahe öffentliche Räume angewiesen sind. Zudem ist die Umsetzung von Bottom-up-Initiativen und innovativen Projekten durch komplizierte Verwaltungsvorgänge, rechtliche Rahmenbedingungen, begrenzte finanzielle Mittel und unterschiedliche Interessen der beteiligten Akteur*innen oftmals eingeschränkt.

4.3 Der Reumannplatz in Innerfavoriten

Einer der Orte, der in unseren Interviews in Bezug auf hohen Nutzungsdruck, aber auch als Gegenstand kontroverser medialer und politischer Debatten mehrfach genannt wurde, ist der Reumannplatz. Angelegt im Jahr 1872, also in der Gründerzeit, weist der Reumannplatz eine ausgeprägte Viertelkreisform auf und durchbricht damit die sonst in diesem Gebiet vorherrschende Rasterbebauung. Die meisten umliegenden Gebäude stammen aus dem 19. Jahrhundert und sind Teil des privaten Mietwohnungsmarkts, weshalb der Reumannplatz und seine Umgebung für Personen, die neu nach Wien gezogen sind und keinen unmittelbaren Zugang zum geförderten Wohnbau haben, ein bevorzugter Ort des Ankommens ist.

Abbildung 5: Der Reumannplatz und seine unmittelbare Umgebung von oben

Quelle: Google Maps, kartografische Aufbereitung Maximilian Wonaschütz.

Der Platz weist mehrere Eigenschaften auf, die ihn zu einer interessanten Fallstudie für sozialräumliche Prozesse rund um Inklusion und Exklusion machen. Erstens war und ist der Reumannplatz ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt für den öffentlichen Nahverkehr in Favoriten. Diese Bedeutung ist mit der Verlängerung der U-Bahn-Linie 1 im Jahr 2017 allerdings etwas zurückgegangen. In weiterer Folge wurde der Platz umgestaltet und verkehrsberuhigt und hat sich zu einem wichtigen Treffpunkt und Aufenthaltsort gewandelt. Zweitens ist der zehnte Bezirk mit mehr als 220.000 Einwohner*innen einer der bevölkerungsreichsten Bezirke Wiens. Favoriten ist außerdem vor allem in den Bereichen rund um den Reumannplatz sehr dicht besiedelt, und es stehen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung wenige Grün- und Freiflächen zur Verfügung. Drittens wohnen in dem ehemaligen Arbeiter*innenbezirk viele Migrant*innen und Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen (MOLINA et al. 2020) sowie überdurchschnittlich viele junge Menschen (null bis neun Jahre) beziehungsweise ältere

Personen (60 plus Jahre), die einen erhöhten Bedarf an wohnungsnahen Grünräumen haben (FRUCHTLEHNER et al. 2023). Der Bezirk verfügt mit mehr als 70 Prozent über den höchsten Anteil an Schüler*innen mit nicht deutscher Umgangssprache. Viertens wurde dem Reumannplatz vor allem in den letzten Jahren ein Ruf als sozialer Brennpunkt zugeschrieben, und er war Gegenstand politisierter medialer Debatten rund um Sicherheit und Kriminalität.

Die Gegend rund um den Reumannplatz war immer schon ein Ort der politischen Mobilisierung – so ist beispielsweise der Viktor-Adler-Markt für die rechtspopulistische FPÖ ein fixer Ort in jedem Wahlkampf. Darüber hinaus kam es 2020 mehrfach zu Auseinandersetzungen und Angriffen durch Anhänger*innen und Sympathisant*innen der *Grauen Wölfe*, einer türkischen rechtsextremen Gruppierung, die auch außerhalb der Türkei Unterstützung findet (RAMMERSTORFER 2018). Im Juni 2020 störten Personen aus diesem Umfeld mehrere Kundgebungen und Demonstrationen linker Gruppen sowie kurdischer Organisationen. Ein Ziel der Angriffe war das ehemals besetzte *Ernst-Kirchweg-Haus (EKH)*, wo Fenster eingeschlagen wurden. Auch andere rechtsextreme Gruppen wie die *Identitären* versuchten in dieser Zeit, sich den öffentlichen Raum für ihre politischen Botschaften anzueignen, indem sie etwa ein Transparent auf dem Dach des *EKHs* befestigten, das sich gegen Kurd*innen und das *EKH* richtete (ARSLAN & GOETZ 2022). Messerangriffe und andere gewaltvolle Auseinandersetzungen führten schließlich zu einer Waffenverbotszone am Reumannplatz, einem medial und politisch hoch umkämpften Thema.

Vor der Neugestaltung des Platzes wurde eine funktionale und sozialräumliche Analyse durchgeführt, die für uns eine wertvolle Grundlage darstellt (s. auch GRUBER & JAUSCHNEG 2016). Der Umgestaltungsprozess wurde von der Stadt organisiert, sollte jedoch auf aktiver Bürger*innenbeteiligung basieren. Der relativ große Platz wurde in weiterer Folge durch Bepflanzung in mehrere Bereiche unterteilt, wodurch sich verschiedene Nischen ergeben (siehe Abbildung 6). Diese sind zwar baulich voneinander getrennt, aber dennoch offen und einsehbar und sorgen für ein transparentes Erscheinungsbild. Im Rahmen unserer Besuche am Reumannplatz konnten wir feststellen, dass sich verschiedene Gruppen längere Zeit aufhalten, viele Personen den Platz aber nur überqueren, um den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Es gibt eine Vielzahl von Sitzmöglichkeiten, auch an den Rändern der Blumenbeete und in langen Reihen klassischer Bänke (ohne Schlafverbot). Dies entspricht einer der Hauptempfehlungen der Sozialraumanalyse, nämlich dass es genügend Teilräume und Nischen geben soll, da nur so ein ungestörtes Nebeneinander unterschiedlicher Nutzungen möglich ist (GRUBER & JAUSCHNEG 2016, p. 74). Die wichtigsten Bereiche sind der Vorplatz des Amalienbads, der Kinderspielfeldplatz, die Reumädchenbühne, der nördliche Teil, der in die Fußgängerzone und die Einkaufsstraße Favoritenstraße übergeht, der südliche Teil mit den Bushaltestellen und die Mitte mit dem U-Bahn-Zugang, einer Bäckerei und einem Café. Auch in den umgebenden Gebäuden sind einige Geschäfte und Nahversorger angesiedelt, darunter auch ein in ganz Wien berühmter Eissalon, vor dem sich im Sommer lange Warteschlangen bilden, die ebenfalls das Erscheinungsbild des Reumannplatzes prägen.

Abbildung 6: Neugestaltung des Reumannplatzes



Quelle: Architektengruppe U-Bahn, abrufbar unter:
<<https://www.nextroom.at/building.php?id=40501&sid=48126&inc=pdf>>.

Im folgenden Kapitel stellen wir die empirischen Ergebnisse unserer Forschung vor, wobei wir regelmäßig auf die Fallstudie Reumannplatz Bezug nehmen werden, um bestimmte Phänomene näher in den Blick zu nehmen und beispielhaft zu illustrieren. Die im Jahr 2020 abgeschlossene Neugestaltung und die andauernde mediale Präsenz des Platzes sind dabei wichtige Bezugspunkte unserer Analyse, um festzustellen, welche Nutzungen der Platz zulässt, welche Nutzer*innengruppen welche Ein- und Ausschlüsse erleben und wie sich diese Dynamiken auf die soziale Struktur und die Zugänglichkeit dieses öffentlichen Raums auswirken.

5 Empirische Ergebnisse: Sozialräumliche Aushandlungsprozesse am Reumannplatz

Die folgenden Ausführungen basieren auf den Transkripten der Expert*inneninterviews und der Gespräche im Rahmen der beiden interaktiven Workshops sowie den aus den teilnehmenden Beobachtungen gewonnenen Eindrücken. Ziel ist, verschiedene Perspektiven auf den öffentlichen Raum in Wien zu erfassen und in der Analyse zu skizzieren, um ein möglichst umfassendes Bild der wahrgenommenen Probleme und Bedürfnisse verschiedener Nutzer*innen zu erhalten. Während die Interviews und der erste interaktive Workshop vor allem die Perspektiven von Personen abbilden, die im oder zum öffentlichen Raum arbeiten, und somit oftmals stellvertretend für verschiedene Nutzer*innenperspektiven stehen, ging es in dem interaktiven Workshop mit den Jugendlichen vor allem um deren persönliche Sichtweisen. Im Folgenden werden wir diese unterschiedlichen Perspektiven skizzieren und sie kontrastieren, um darzulegen, wie unterschiedliche Bedürfnisse und Wahrnehmungen von Nutzung und (Un-)Sicherheit in einem Spannungsverhältnis stehen und welche Auswirkungen dies auf die Gestaltung und die Zugänglichkeit öffentlicher Räume hat.

Die Analyse unseres empirischen Materials zeigt zwei zentrale Konfliktlinien exemplarisch auf, die wir im Folgenden näher beleuchten werden: erstens unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse und daraus resultierende Nutzungskonflikte und zweitens die Verhandlung von Angst und urbanen (Un-)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Diese beiden Themen bilden den Kern der Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum und zeigen auf, wie sich unterschiedliche Erfahrungen und unterschiedliches Wissen auf die Wahrnehmungen in Bezug auf Nutzung und Sicherheit auswirken und die Aneignung von öffentlichen Räumen beeinflussen.

5.1 Öffentlicher Raum für wen?

Ein Blick auf Nutzungskonflikte und -bedürfnisse

Im Rahmen unserer Gespräche haben die Teilnehmer*innen unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf die Nutzung von öffentlichem Raum geäußert. In den Expert*inneninterviews ging es primär um Personengruppen, die aus unterschiedlichen Gründen diskriminiert und im öffentlichen Raum marginalisiert werden. Das heißt, unsere Interviewpartner*innen sprachen weniger über ihre eigenen Erfahrungen und Nutzungsbedürfnisse im öffentlichen Raum, sondern vielmehr über ihre Beobachtungen und ihr Wissen aus einem professionellen Kontext heraus. Die Perspektiven der jungen

Teilnehmer*innen zeigen, dass sie sich in Parks oft ausgeschlossen fühlen beziehungsweise das Gefühl haben, gewisse Räume seien für sie nicht zugänglich. Gleichzeitig schilderten sie, dass sie sehr mobil seien, um Freund*innen zu treffen, und sich gern in Cafés, in Einkaufsstraßen oder an ähnlichen Orten aufhalten und somit in der Freizeit bevorzugt auf kommerziell genutzte Räume zurückgreifen würden. Gleich zu Beginn der Gespräche waren somit unterschiedliche Bedürfnisse und Erfahrungen präsent, aber auch die Frage, wie sehr jemand auf den öffentlichen Raum angewiesen ist und wie dies mit Mobilität und ökonomischen Möglichkeiten zusammenhängt.

Der bereits angesprochene Nutzungsdruck spielt dabei vor allem in den dicht bebauten Gebieten Wiens eine Rolle. In einem Expert*inneninterview wurde dies folgendermaßen formuliert:

„Innerstädtisch war öffentlicher Raum schon immer knapp. In den Randbezirken wird jetzt baulich auch verdichtet und enger gebaut. Zwar oft mit dem Versprechen, dass man im Grünen wohnt oder an einem Park, aber dann sind Menschen oft sehr enttäuscht, wenn es laut ist, beispielsweise weil es dort einen Fußballkäfing gibt. Natürlich entstehen dann Konflikte in der Stadt. Ruhebedürfnis versus Spielbedürfnis – das gab es eigentlich schon immer [...]“ (EI_3).

Dieses Statement unterstreicht, dass Stadtbewohner*innen nicht nur verschiedene Bedürfnisse, sondern auch unterschiedliche Erwartungen an den öffentlichen Raum haben. Einerseits muss die Stadt dem Wunsch nach Ruhe und Erholung nachkommen, andererseits besteht auch Bedarf an Räumen für soziale Interaktion. Konflikte um Raum und Nutzungsarten haben in urbanen Gebieten immer schon existiert und gehören somit auch zum städtischen Alltag; Ausprägungen und Phänomene ändern sich jedoch stetig (wie beispielsweise aktuelle Diskussionen über Lärm durch Musik über Mobiltelefone und die Benutzung von E-Scootern zeigen). Dabei wird deutlich, dass bestimmte Gruppen stärker problematisiert werden als andere, was unter anderem Jugendliche und als zu laut empfundene Kinder betrifft.

Im selben Interview wurde weiters die Konsequenz des steigenden Nutzungsdrucks in der stark wachsenden Stadt angesprochen:

„Die Stadt Wien [macht] öffentlichen Raum, wie zum Beispiel den Donaukanal, immer attraktiver, lockt damit Menschen an, die natürlich die konsumfreien und schön gestalteten Zonen nutzen. Das kann auch wieder zu Nutzungskonflikten führen, weil einfach mehr Menschen vor Ort sind. Auf der einen Seite wünscht man sich das, auf der anderen Seite will man aber dann nicht, dass nach 22 Uhr diese Plätze genutzt werden“ (EI_3).

Aus diesem Zitat geht hervor, dass die Konsequenzen der Attraktivierung von Räumen oft nicht gut planbar sind und mitunter mehr oder andere Personen angesprochen werden als ursprünglich vorgesehen. Dies wurde im ersten interaktiven Workshop nicht nur in Bezug auf den stark frequentierten Donaukanal geschildert, sondern unter anderem auch bezüglich des Helmut-Zilk-Parks und des neu entwickelten Nordbahn-

viertels (ebenfalls im inneren Teil Favoritens), wo sich die Käufer*innen neu gebauter Eigentumswohnungen mehr Ruhe erhofft haben und sich über Lärmbelästigungen in den angrenzenden Parks beklagen.

5.1.1 Zwischen Nutzungsdruck und Nische

Vielfach war in unseren Gesprächen die generelle Zunahme des Nutzungsdrucks in Wien ein Thema, wie in diesem Zitat deutlich wird:

„Wir stellen wirklich eine massive Zunahme des Nutzungsdrucks fest. Es ist einfach so, dass mehr Menschen auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, [...] wir haben zum einen die demografische Komponente, wir haben die Komponente der Mehrfachkrisen [...], wir haben neue Zielgruppen“ (EI_1).

Wenn der Nutzungsdruck auf öffentliche Räume steigt, wird deutlich, dass verschiedene Nutzer*innen unterschiedliche Erwartungen und Anforderungen an Räume haben und nicht alle Bedürfnisse miteinander vereinbar sind. Die komplexen Anforderungen an den öffentlichen Raum können nicht immer an ein und derselben Örtlichkeit erfüllt werden und stehen teilweise im Widerspruch zueinander, wie im Zitat des folgenden Expert*inneninterviews am Beispiel der sogenannten Nische deutlich wird:

„Das beste Beispiel ist die Nische, die nicht beleuchtete Nische als eine enorme Qualität für bestimmte Gruppen, die das brauchen, um Raum nutzen zu können, weil sie sonst über keine Nischen verfügen. Egal ob das jetzt Jugendliche sind, die diese öffentlichen Räume brauchen, um sich der Familie zu entziehen oder entziehen zu können, oder ob das wohnungslose Menschen sind, die die Nische brauchen, weil sie keine privaten Räume haben. Also wir brauchen die Nische und die nicht beleuchteten Bereiche. Umgekehrt brauche ich Beleuchtung, um ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, und das sind natürlich entgegengesetzte Bedürfnisse, die man schwer physisch und räumlich umsetzen kann. Es ist, glaube ich, möglich, und es wird schon viel gedacht so und auch umgesetzt, aber es ist eine Herausforderung“ (EI_5).

Dieses Zitat veranschaulicht das Dilemma, das bei der Planung und der Gestaltung öffentlicher Räume deutlich wird: die Notwendigkeit ungeplanter, versteckter Orte, die im Widerspruch zu einem regulierten und geordneten Erscheinungsbild stehen. Dabei wird deutlich, dass diese Dynamik auch Fragen der Inklusion und der Exklusion aufwirft, da solche Räume die Bedürfnisse bestimmter Gruppen einbeziehen, während sie andere Gruppen verdrängen können, je nachdem, wie sie gestaltet und zugänglich gemacht werden.

Ein ähnliches Phänomen zeigte sich auch am Reumannplatz: Zwar wurde durch das Verlegen der Straßenbahngleise und der dazugehörigen Haltestelle mehr Platz geschaffen, der Reumannplatz ist aber nach der im Jahr 2020 abgeschlossenen Umgestaltung ein weiterhin stark frequentierter Ort, der mittlerweile von noch mehr

Personen genutzt wird und verschiedene Funktionen erfüllt. Die Verkehrsberuhigung hat dazu geführt, dass es nun mehr Möglichkeiten zum Verweilen gibt. Der Platz teilt sich dabei in verschiedene Nischen, womit zentrale Forderungen der Sozialraumstudie, die dem Umbau vorausgegangen war, umgesetzt wurden (GRUBER & JAUSCHNEG 2016). Eine Besonderheit sind dabei die vielen Sitz- und Verweilmöglichkeiten, da es nicht nur durchgängige Bänke und Bank-Tisch-Kombinationen gibt, sondern es auch möglich ist, auf den Mauern rund um die Beete zu sitzen. Dies hat ermöglicht, dass verschiedene Gruppen Platz an ein und demselben Ort finden können und verschiedene Nutzungen möglich sind. Die Teilnehmenden des ersten interaktiven Workshops waren sich einig, dass die Neugestaltung des Reumannplatzes gut gelungen ist und der Platz einige positive Eigenschaften für die Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen aufweist:

„Der Reumannplatz ist für viele ein erweitertes Wohnzimmer, die einfach zu Hause wenig Platz haben, kleine Wohnungen, und sich dann am Reumannplatz aufhalten. Das ist in so dicht bebauten Vierteln bei sehr vielen Parks und Plätzen der Fall“ (IAW_1).

Positiv bewertet wurde somit, dass am Reumannplatz Personengruppen, die im Zuge von Umgestaltungs- und Aufwertungsmaßnahmen oftmals verdrängt werden, nach wie vor Platz haben. Die Nutzungsmuster verschiedener Gruppen sind dabei sehr unterschiedlich: Während einige den Platz zum Verweilen nutzen und ihn, wie im Zitat beschrieben, als erweiterten Wohnraum begreifen, fungiert er für andere hauptsächlich als Verkehrsknotenpunkt oder Durchgangsraum. Diese unterschiedlichen Funktionen sowie Nutzungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten tragen zur sozialen Durchmischung bei und wirken dem Ausschluss marginalisierter Gruppen entgegen.

Die Aufwertung des Platzes durch die Umgestaltung wurde auch von den Schüler*innen anerkannt. Sie hoben vor allem hervor, dass der Platz nun grüner sei, es ein Café und eine Bäckerei gebe und der Platz verkehrsberuhigt sei. Dennoch wurde die Aufenthaltsqualität am Reumannplatz von den jungen Teilnehmer*innen als gering eingestuft, da sie sich auf dem Platz nicht wohl fühlen und ihn daher eher meiden. Damit zeigt sich, dass Nutzungskonflikte auch dann entstehen können, wenn ein Ort eigentlich ausreichend Platz für unterschiedliche Anforderungen bietet.

Dies verweist auf das Thema des Umgangs mit Ambiguitäten im Stadtraum, bei dem öffentliche Orte gleichzeitig mehrere, jedoch häufig widersprüchliche Funktionen erfüllen und somit von verschiedenen Nutzer*innengruppen unterschiedlich wahrgenommen werden. Der Umgang mit Ambiguitäten hängt auch eng mit Normvorstellungen zur Nutzung zusammen: Je klarer die Nutzung an einem Ort definiert ist, desto weniger Toleranz gibt es für abweichendes Verhalten. Normierung und räumliche Verteilung erfolgen hierbei stark über stadtplanerische Maßnahmen, indem bestimmten Räumen bestimmte Nutzungen zugewiesen werden. Dies zeigt sich besonders deutlich bei Fußballkäfigen und Spielplätzen, die eine bestimmte Nutzung an diesem Ort dezidiert erlauben, aber gleichzeitig das Signal senden, dass die für diese Örtlichkeiten

vorgesehenen Aktivitäten anderswo nicht erlaubt sind. Bestimmte Nutzungen spiegeln sich dabei im öffentlichen Raum kaum wider beziehungsweise müssen sich ihren Platz erst durch Aneignungsprozesse erkämpfen.

Die Durchsetzung von derartigen Normvorstellungen erfolgt nicht nur über die Gestaltung und die Planung sowie repressive Maßnahmen gegen marginalisierte Personen, sondern hat sich auch in der Erwartungshaltung der Stadtbewohner*innen festgesetzt, die gewisse Nutzungen eher als störend empfinden als andere. In diesem Zusammenhang wurden vor allem im ersten Workshop und in den Expert*inneninterviews immer wieder Beschwerden sowie die generelle Beschwerdekultur in Wien thematisiert, wie in folgendem Textausschnitt deutlich wird:

*„Ich lese immer wieder auch Beschwerden, wo Anrainer*innen beklagen, dass der ganze Umbau [des Reumannplatzes] nichts gebracht hat, dass die ganzen Millionen in den Sand gesetzt wurden und dass es schlimmer ist als es jemals war, dass alles verdreckt ist und so weiter. Die Anwesenheit von marginalisierten Menschen wird dann beispielsweise mit Verschmutzung in Zusammenhang gebracht. Dass der Boden hell gemacht wurde, hat ja mit Klimaaspekten zu tun, aber für andere ist es der weiße Boden, der schnell schmutzig wird“ (IAW_1).*

Hier spiegelt sich nicht nur Unzufriedenheit wider, sondern es gibt auch mangelndes Wissen und fehlende Information zu gewissen Prozessen. Gerade der Umgang mit Müll und eine funktionierende Abfallwirtschaft im öffentlichen Raum im Besonderen und in der Stadt im Allgemeinen hängen eng mit Klimapolitik und Klimaanpassungsmaßnahmen zusammen. Besonders an Orten wie am Reumannplatz, die durch ein vielfältiges Nutzungsverhalten charakterisiert sind, können hohe Ansprüche an Sauberkeit nur sehr schwer erfüllt werden. Vor allem im interaktiven Workshop mit den Jugendlichen wurde Wien zwar generell als saubere Stadt beschrieben, fehlende Sauberkeit am Reumannplatz war hingegen ein großes Thema:

„Es ist oft so, dass sich Leute dort oben [zeigt auf Karte] treffen, etwas essen und einfach ihren Müll dalassen. Dosen, Kaugummis. Seit der Umgestaltung gibt es diese Betonbänke, die werden ziemlich schnell schmutzig. Außerdem gibt es, wenn es regnet, nur neben dem Tichy Bänke mit Tischen, und es gibt dieses ‚Alibi-dach‘, das sind nur ein paar Balken, da wächst nichts drauf. Das heißt, es gibt auch keinen Schatten. Nur in der U-Bahn-Station kann man sich vor dem Regen schützen“ (IAW_2).

Die Schüler*innen gaben zudem allesamt an, sich am Reumannplatz nicht wohlfühlen – vor allem nachts. So würden sie den Platz in ihrer Freizeit oder in Pausen nicht frequentieren und lediglich auf dem Weg zur Schule queren, sich jedoch nicht länger dort aufhalten. Ihr schwach ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zu diesem Ort spiegelt sich auch darin wider, wie sie öffentlichen Raum generell wahrnehmen und bewerten und wie sehr sie diese Bewertung mit bestimmten Nutzer*innen in Verbindung bringen. Das Erscheinungsbild eines öffentlichen Raums wird in der Wahrnehmung von

Nutzer*innen nicht nur mit seiner Gestaltung und der bebauten Umwelt in Verbindung gebracht, sondern auch mit den Personen, die sich dort aufhalten. Ihnen werden unter anderem über ihr Aussehen und ihr Auftreten Verhaltensweisen zugeschrieben, die erwünscht oder unerwünscht sind (HUNOLD 2005; KERN 2014; MATTISSEK 2005).

Wie der folgende Wortwechsel zeigt, identifizierten auch die Schüler*innen verschiedene Nutzer*innengruppen am Reumannplatz:

Interviewerin: „*Wer nutzt den Platz?*“

Person 1: „*Eher viele Obdachlose, viele Arbeitslose, weil die sind immer da. Also auch eher ältere Personen, die wahrscheinlich schon in Pension sind, die Gemeinschaft suchen, gerne unter Leuten. Auch der Spielplatz mit Kindern.*“

Person 2: „*Eigentlich ist jede Altersgruppe vertreten*“ (IAW_2).

Aus der Wahrnehmung der Jugendlichen ging klar hervor, dass sich immer dieselben Personengruppen am Reumannplatz aufhalten, vorwiegend, wie es an einer anderen Stelle im Gespräch hieß,

„*obdachlose oder drogenabhängige Personen, Familien mit Migrationshintergrund oder Pendler*“ (IAW_2).

Es wurde somit eine gewisse Vielfalt der Nutzer*innengruppen festgestellt, auch in Bezug auf das Alter. Dies wurde jedoch nicht positiv bewertet, sondern ging vor allem mit Vorbehalten gegenüber bestimmten Nutzungsweisen einher, die stereotype Zuschreibungen und negative Wahrnehmungen verfestigen können.

5.1.2 Ausweichmöglichkeiten und Verlagerungsmechanismen

Von den Teilnehmenden beider Workshops wurde geschildert, dass es Bereiche auf dem Platz gibt, in denen sich zum Zeitpunkt der Gespräche Drogenhandel konzentrierte und wo sich vorwiegend Gruppen von Männern aufhalten, was vor allem von den Schüler*innen aufgrund negativer Sexismuserfahrungen als unangenehm empfunden wurde. Die Gruppendiskussionen haben zudem eindrücklich gezeigt, dass es aufgrund der Wahrnehmungen und Erfahrungen unterschiedliche Erwartungen an einzelne Plätze und ihre Nutzer*innenstruktur gibt. Plätze stehen immer in Relation zu ihrer Umgebung und sind nicht isoliert zu betrachten. Sie beeinflussen einander und geben Einblicke in sozioökonomische Unterschiede innerhalb eines Bezirks, wie das folgende Zwiegespräch aus dem ersten interaktiven Workshop zeigt:

Person 1: „*Der größte Konflikt besteht darin, dass der Bezirk, die Stadt oder überhaupt Österreich den Platz voller Seifenblasen blasender Kinder sehen möchte, die einfach da ganz ruhig spielen. Aber so sieht es am Reumannplatz überhaupt nicht aus.*“

Person 2: „*Beim Helmut-Zilk-Park ist das auch offensichtlich. Da beschwerten sich die Anrainer darüber, dass Leute aus den alten Teilen vom Zehnten hinkommen und sich dort aufhalten, obwohl sie woanders wohnen.*“

Person 1: „*Da brauchst du dir nur die Geschäfte anschauen, die es dort gibt: Am Reumannplatz gibt es ungefähr zehn Kebabstände, und im Zilk-Park bekommst du eine Quinoa-Bowl oder sowas in der Art*“ (IAW_1).

Der angesprochene Helmut-Zilk-Park befindet sich im Sonnwendviertel, das auf dem Gelände eines ehemaligen Frachtenbahnhofs errichtet wurde. Mit 70.000 Quadratmetern eine der größten Parkanlagen im inneren Teil Favoritens, umfasst der Park unter anderem einen Spielplatz, einen Motorikpark, ein Café und weitläufige Rasenflächen. Aufgrund dieses Angebots wird er sowohl von unmittelbaren Anrainer*innen als auch von Menschen aus anderen Teilen des Bezirks genutzt. Durch die Schaffung neuer Räume entstehen jedoch auch Konflikte rund um unterschiedliche Vorstellungen von angemessenen Zielgruppen und entsprechender Nutzung.

Gleichzeitig haben die jungen Teilnehmer*innen angemerkt, dass sie sehr froh sind, dass mit dem Sonnwendviertel eine Ausweichmöglichkeit entstanden ist, die eine Alternative zum Reumannplatz und zur Favoritenstraße darstellt. Insbesondere die Cafés, aber auch der Park entsprachen dabei ihren Vorstellungen von Sauberkeit und Sicherheit, wie der folgende Ausschnitt aus dem Gespräch zeigt:

Person 1: „*Dort ist es schöner, weil es dort ein bisschen offener wirkt.*“

Person 2: „*Ja, da sind so Neubauten, da ist es sehr schön, da waren wir auch schon mit der Schule.*“

Person 1: „*Da ist auch ein Café, da kann man hingehen.*“

Person 4: „*Da gehen wir auch in der Pause oder nach der Schule hin.*“

Interviewerin: „*Was ist schöner dort?*“

Person 1: „*Es ist schön offen, es ist hell, nicht so viele Leute, es sind auch nicht so enge Gassen, sondern breite Wege*“ (IAW_2).

Das Sonnwendviertel ist ein Stadterneuerungsprojekt, das schon allein deshalb ein anderes Erscheinungsbild aufweist als die dicht bebaute Umgebung des Reumannplatzes, wo sich vorwiegend Gründerzeithäuser und vereinzelt Gemeindebauten finden. Auch die Nutzer*innengruppen dieser Orte unterscheiden sich, wenngleich der angesprochene Motorikpark im Helmut-Zilk-Park auch von vielen Personen genutzt wird, die nicht direkte Anrainer*innen sind. Diese trotzdem teilweise stark sichtbare räumliche und soziale Trennung von Bevölkerungsgruppen basiert auf Faktoren wie Einkommen, Herkunft und sozialem Status und wird durch den Immobilien- und Wohnungsmarkt teils verstärkt, in manchen Gegenden Wiens aber auch aufgeweicht, wenn es zu einer Vermischung verschiedener Wohnformen auf kleinem Raum kommt. Gerade wenn sich Parks in sozioökonomisch besser gestellten Gebieten befinden, wirft dies die Frage auf, für wen öffentliche Räume zugänglich sind, wie sie innerhalb von Bezirken verteilt sind, wer dort (nicht) willkommen ist und welche Nutzungen normiert und welche nicht geduldet werden.

Ausweichverhalten, Verdrängung und Verlagerung sind dabei komplex miteinander verwoben. Wahrgenommene und tatsächliche Ausschlüsse führen dazu, dass bestimmte Nutzer*innengruppen ihr Verhalten anpassen und auf andere Orte ausweichen, was wiederum räumliche Verlagerungen oder eine Konzentration von Nutzungen nach sich zieht. Diese Prozesse können sich gegenseitig verstärken und so dazu beitragen, soziale Ungleichheiten im öffentlichen Raum zu manifestieren.

5.1.3 (Un-)Erwünschtes Verhalten und das Beispiel Alkoholkonsum

Ein weiteres Beispiel, das rund um die Themen Nutzungsbedürfnisse und angemessene Raumnutzung genannt wurde, ist der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum. Mehrere Teilnehmende teilten die Beobachtung, dass er unterschiedlich bewertet würde, je nachdem, wer Alkohol konsumiere und wo. In zugespitzter Form wurde das während der Covid-19-Pandemie sichtbar, wie aus den folgenden beiden Zitaten hervorgeht:

„Das ist natürlich immer die Frage: Wer darf wo Alkohol trinken, und wem wird es verboten? Dieses Phänomen haben wir auch während Corona erlebt. In der Stadt war's verboten, und die Jugendlichen haben dort nicht sein dürfen, aber vor dem Schwarzen Kameel hat man Sekt trinken dürfen. Das nehmen wir natürlich sehr stark wahr, dass es eine unterschiedliche Bewertung gibt“ (EI_3).

„In der Pandemie haben Menschen in beengten Wohnverhältnissen den öffentlichen Raum oft stärker genutzt, weil sie aus ihren engen Strukturen herauswollten. Wir haben aber auch Zielgruppen, die vorher den öffentlichen Raum nicht so stark genutzt haben und während der Pandemie plötzlich das Homeoffice in den Park verlagerten oder ihren Prosecco tranken. Dabei haben sie aber nicht immer verstanden, warum auch eine obdachlose Person auf der Bank neben ihnen sitzt und eine Bierdose trinkt“ (EI_1).

Weiters weisen die Zitate auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie der multiplen Krisen der letzten Jahre hin, die Personen in sozial prekären Verhältnissen und bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen meist stärker treffen. Solche gesellschaftlichen Krisen werden auch im öffentlichen Raum sichtbar und haben Einfluss auf das Nutzungsverhalten von Einzelpersonen und Gruppen. Die Pandemie hat dies ausdrücklich gezeigt und bei vielen Menschen auch ein Bewusstsein für die Bedeutung von öffentlichen Räumen geschaffen. Während der Lockdowns waren die Bundesgärten (die fünf großen, innenstadtnahen Parks in Wien: Augarten, Belvederegarten, Burggarten, Schlosspark Schönbrunn und Volksgarten) geschlossen, was zu heftigen medialen, politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen geführt hat.

Wie mehrere Interviewpartner*innen betonten, sind Drogenkonsum und -handel, Armut sowie Schmutz Phänomene einer Großstadt, die in größeren Ballungsräumen unweigerlich präsent und auch sichtbar sind. Unsere Interviewpartner*innen aus den Bereichen soziale Arbeit und Suchthilfe betonten daher einhellig, dass es eine Stärkung der urbanen Kompetenz brauche, um mit diesen Phänomenen umgehen zu können:

„Wir als soziale Arbeit haben die Ansicht, man muss die urbane Kompetenz stärken, dass es in einer Stadt auch laut und schmutzig sein kann, und möchten in diese Richtung arbeiten“ (EI_3).

Außerdem merkten unsere Gesprächspartner*innen mehrmals an, dass Verbote oftmals lediglich zu Verdrängungsprozessen führen und das Problem an sich nicht lösen. Die Schutzzone und das damit in Verbindung stehende Alkoholkonsumverbot rund um den Keplerplatz (in der Nähe des Reumannplatzes) wurden ohne Einbeziehung der lokalen Stakeholder*innen durchgesetzt, wie das folgende Zitat zeigt:

„Ein Verbot des Alkoholkonsums ist natürlich ein Instrument, wie ich Menschen von einer Örtlichkeit verdränge – die Problemlagen dieser Menschen lösen sich aber dadurch nicht. Das sind politische Entscheidungen und politische Maßnahmen, polizeilich repressive Maßnahmen in einer hohen Eskalationsstufe. [...] Schutzzonen werden im politischen Diskurs von konservativen Parteien als Tools gesehen, und das ist natürlich dann spannend, wenn auch nicht konservative Parteien damit als Machtinstrument antworten – diplomatisch formuliert“ (EI_1).

Ähnlich wie bei dem bereits 2018 eingeführten Alkoholkonsumverbot am Praters-tern, einem der wichtigsten innenstadtnahen Verkehrsknotenpunkte Wiens, ging der Errichtung der Schutzzone eine intensive mediale und politische Debatte voraus. Verboten wurde zudem lediglich der Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum, der Verkauf in Geschäften und in der Gastronomie blieb weiterhin erlaubt. So waren vor Weihnachten Punschstände auf der Favoritenstraße aufgebaut, wie im ersten interaktiven Workshop kritisch angemerkt wurde. Dies verdeutlicht, dass solche Maßnahmen vor allem Menschen kriminalisieren, die sich bereits in prekären Lebenssituationen befinden, angeleitet von einem Sicherheitsversprechen an die mittleren und höheren Klassen (DIEBÄCKER 2019). Die unterschiedliche Wertung von Alkoholkonsum zeigt, dass nicht Alkohol an sich das Problem ist, sondern die Frage, wo, wie und von wem er konsumiert wird. Dies steht in engem Zusammenhang mit verinnerlichten gesellschaftlichen Normvorstellungen, sozioökonomischen Machtverhältnissen und sozialen Abstiegsängsten (GLASAUER 2005; WEHRHEIM 2004).

5.2 Angst, (Un-)Sicherheiten und politisierte Sicherheitsdebatten

Auf das Thema (Un-)Sicherheit wurde bereits im vorherigen Kapitel implizit immer wieder hingewiesen, da es eng mit der Wahrnehmung von öffentlichen Räumen und den dort stattfindenden sozialen Interaktionen verknüpft ist. Dabei geht es um Fragen wie „Wer wird wie wahrgenommen?“, „Wer darf was, wo tun?“ und „Wer kann sich ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen?“. Diese tauchten in unseren Gesprächen immer wieder auf und verdeutlichen, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt, das sich durch verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens zieht. So berichteten die Jugendliche wiederholt, dass sie sich am Reumannplatz oft unwohl fühlten, während

in der Gruppe der Personen, die zum oder am Reumannplatz arbeiten, vor allem von der Kontrolle und der Verdrängung bestimmter Personengruppen berichtet wurde. In diesem Abschnitt soll nun untersucht werden, welche Konstruktionen von (Un-)Sicherheit wir in unserer Untersuchung gefunden haben und wie diese die Nutzung und die Verteilung öffentlicher Räume beeinflussen. Dabei gehen wir darauf ein, wie sich die Perspektiven und die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen in Bezug auf (Un-)Sicherheit im öffentlichen Raum unterscheiden und wie verschiedene Maßnahmen wie das bereits erwähnte Alkoholkonsumverbot, aber auch Überwachung und Polizeipräsenz wahrgenommen werden.

5.2.1 Zu Verboten, Kontrollmechanismen und Videoüberwachung

Die bereits im vorhergehenden Kapitel besprochenen Alkoholkonsumverbote sind nur ein Beispiel für räumliche Kontrolltechniken, die darauf abzielen, abweichende und unerwünschte Verhaltensweisen zu unterbinden. Neben dem Verbot von bestimmten Nutzungen ist die Ausweitung von (Video-)Überwachung ein beliebtes Mittel zur Regulierung und Kontrolle öffentlicher Räume und Stadtbewohner*innen geworden. Der Ausbau technischer Raumkontrollen wird mit der Reduktion von Kriminalität legitimiert, die zu mehr Sicherheit für alle Raumnutzer*innen führen soll. Die Markierung bestimmter Nutzungen und Orte als überwachenswert impliziert, dass diese Örtlichkeiten als potenziell gefährlich eingestuft werden und es dort zu Straftaten kommen könnte. Solche repressiven Maßnahmen begünstigen Verdrängung, wie das folgende Zitat illustriert:

„Videoüberwachung hat auch einen Vertreibungseffekt, weil nicht umsonst hat dann der Franz-Jonas-Platz im 21. Bezirk als Nächster geschrien, als am Praters-tern das Alkoholverbot eingeführt wurde. Ich glaube, es führt zu nichts, denn die Leute gibt es trotzdem. Die Leute müssen wir in Wien irgendwo unterbringen, und sie werden sichtbar sein“ (EI_4).

Im internationalen Vergleich ist Wien eine sehr sichere Stadt, wie in unseren Interviews betont wurde. Zwar wurde auch der Reumannplatz von den Expert*innen aus den Fachgebieten Jugend- und Sozialarbeit übereinstimmend als Ort beschrieben, an dem verschiedenste Nutzer*innengruppen relativ konfliktfrei nebeneinander existieren können, trotzdem gilt der Platz als gefährlich – vor allem nachts – und hat im öffentlichen Diskurs einen schlechten Ruf. Berichte von Messerattacken und anderen gewaltvollen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren haben dieses Image weiter verstärkt. Zwar sind diese Angriffe ein Problem, sie sind aber auch ein Bestandteil des alltäglichen Lebens in einer Millionenstadt und kein Phänomen, das sich auf eine Örtlichkeit beschränkt. Der Reumannplatz ist daher ein gutes Fallbeispiel, um das Zusammenspiel von Angst- und subjektiven (Un-)Sicherheitsgefühlen vor dem Hintergrund politisierter Sicherheitsdebatten zu veranschaulichen.

Abbildung 7: Polizeiliche Bekanntmachung der Videoüberwachung am Reumannplatz



Foto: Ursula Reeger.

Am Reumannplatz wurde im Mai 2021 eine Videoüberwachung eingeführt. Die Kameras sind auf Lichtmasten montiert und können geschwenkt werden, sodass der gesamte Reumannplatz und Teile der umliegenden Gassen eingesehen werden können. Auf die Kameras wird aufmerksam gemacht, allerdings nicht in den Sprachen, die in Wien am weitesten verbreitet sind (neben Deutsch auf Englisch, Französisch und Italienisch). Im Oktober 2022 wurde per Verordnung der Landespolizeidirektion Wien zudem 500 Meter vom Reumannplatz entfernt die bereits erwähnte Schutzzone am Keplerplatz eingerichtet, um gegen die dortige Drogenszene vorzugehen. Eine solche Zone ermöglicht es der Polizei, Personen, von denen laut Annahme der Polizei eine bestimmte Gefahr ausgeht, wegzuweisen und ihnen das Betreten der Schutzzone zu untersagen.

Schutzzonen werden insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindergärten eingerichtet, vorausgesetzt, „dass an diesem Ort überwiegend minderjährige Menschen in besonderem Ausmaß von gerichtlich strafbaren Handlungen nach dem Strafgesetzbuch (StGB), nach dem Verbotsgesetz (VerbotsG) oder nach dem Suchtmittelgesetz (SMG) bedroht sind“ (<OESTERREICH.GV.AT> o. J.). Das heißt, dass – anders als von vielen wahrgenommen – eine Schutzzone kein Alkoholkonsumverbot bedeutet, sondern den Schutz Minderjähriger vor dem Kontakt mit Suchtmitteln ins Zentrum stellt. Am Keplerplatz wurde die Schutzzone im Jahr 2024 noch einmal von April bis Oktober

verlängert (LANDESPOLIZEIDIREKTION WIEN 2024). Bezirksräte der FPÖ Favoriten stellten trotzdem einen Antrag an die Bezirksvertretung zur Umsetzung eines Alkoholkonsumverbots am Keplerplatz. Wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt, waren sich die Teilnehmenden des ersten Workshops einig, dass Zeichen von Armut und Suchtkrankheit weiterhin im öffentlichen Raum sichtbar sein werden, auch wenn sie von bestimmten Orten verdrängt werden.

Im Gegensatz zu sanften Maßnahmen und niederschweligen Angeboten, wie in den Gesprächen gefordert wurde, wurden im Gespräch mit den Schüler*innen eine Hoffnung und ein Wunsch nach einem absoluten Maß an Sicherheit deutlich – Kriminalitätsfurcht ist zu einem Thema geworden, das alle Nutzer*innen des öffentlichen Raums betrifft, auch wenn die tatsächliche Viktimisierung gering ist (s. auch HUNOLD 2005). Mehr als ein*e Teilnehmer*in schlugen eine höhere Polizeipräsenz und die Einrichtung einer Polizeistation direkt am Reumannplatz vor, um die wahrgenommenen Sicherheitsdefizite zu beheben:

„Was die Sicherheit wahrscheinlich erhöhen würde, wenn auf der Straße, wo der Tichy und die Apotheke sind, noch ein kleines Polizeikommissariat hinkommt. Das würde die Leute abschrecken, einfach weil sie gleich sehen, dort ist Polizei“ (IAW_2).

Das Bedürfnis nach mehr Polizei zur Abschreckung und damit dem Verhindern potenzieller Straftaten zeigt, dass es weniger um tatsächlich strafrechtlich relevante Delikte geht, sondern vielmehr um das subjektive Gefühl, dass im Fall des Falles gleich Hilfe zur Stelle ist. Erhöhte Polizeipräsenz zur Einschüchterung und Abschreckung stärkt die Polizei als Ordnungsmacht, die vorbeugend und nicht mehr ausschließlich reaktiv handeln soll (HUNOLD 2005). Zudem kann ein Mehr an Polizei auch suggerieren, dass man dort, wo Polizei ist, erst recht Angst haben muss. Das heißt, dass sich die Wahrnehmung von mehr Polizist*innen angststeigernd auswirken kann.

Eine verstärkte Polizeipräsenz erhöht außerdem die Gefahr des *racial profiling*, also des Kontrollierens von Gruppen, denen bestimmte Merkmale zugeschrieben werden. Disziplinierungsmaßnahmen gegen diese Gruppen werden nicht als Einschränkung persönlicher Rechte wahrgenommen, sondern als notwendige Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung. Jugendliche, die migrantisch gelesen werden und Erfahrungen mit Diskriminierung haben, hätten daher den Wunsch nach mehr Polizei möglicherweise so nicht geäußert (BITTNER 2010; DANZ 2022; EL-TAYEB & THOMPSON 2019; LUIMPÖCK & WILD 2020). Die Sehnsucht nach mehr Polizei trotz funktionierender Versorgungsstrukturen offenbart jedenfalls das „paradoxe Auseinanderfallen“ (SCHMINCKE 2009, p. 58) der tatsächlichen Kriminalitätsslage und der Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden.

5.2.2 Konsequenzen von Kontrollen und Verboten

Sowohl in den Expert*inneninterviews als auch im ersten interaktiven Workshop wurden Schutzzonen als Machtinstrumente, die lediglich zu weiterer Marginalisierung und Verdrängung führen, scharf kritisiert. Zwar wurde nach der Einführung der Schutzzone ein Rückgang des Drogenhandels direkt vor Ort verzeichnet, allerdings war eine Ursache dafür auch das kältere Wetter im Oktober 2022 – ein Effekt, der nur vorübergehend war:

„Wir haben einen Anstieg festgestellt, jetzt [März 2023, Anm.], wo es wieder wärmer wurde. Im Grunde gibt es keinen Unterschied zwischen vorher und nachher. Es ist zwar mehr Polizei vor Ort, aber sobald sie weg ist, fangen die Leute wieder an zu dealen“ (IAW_1).

In den Gesprächen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Verbote keine Lösung des zugrundeliegenden Problems sind. Das Alkoholkonsumverbot am Praterstern hat etwa dazu geführt, dass sich Gruppen andere Orte suchen, um zum Beispiel Polizeirepression zu entgehen. Viele Personen, die sich zum Trinken am Praterstern trafen, haben den Platz trotzdem nicht verlassen. Im Gegenteil, manche nehmen auch eine gleichgültige oder sogar provokante Haltung gegenüber der Polizei ein.

Örtlichkeiten wie der Praterstern und der Keplerplatz haben für manche Personen, die sich dort aufhalten, eine wichtige soziale Funktion. Es gibt Zusammenhalt untereinander, innerhalb der Gruppen existieren langjährige Beziehungen, und es herrscht ein Gefühl von sozialer Zugehörigkeit. Diese Gemeinschaft in Gruppen hat schließlich auch eine sicherheitsstiftende Funktion, die nicht zu unterschätzen ist (HUBER 2023; LIEPOLD 2021). Wie LIEPOLD (2021) durch Interviews mit marginalisierten Personen am Praterstern aufzeigt, sind Geldstrafen beim Verstoß gegen das Alkoholkonsumverbot für viele keine Abschreckung, da sie sie ohnehin nicht zahlen können. Darüber hinaus ist die Aussicht auf eine Nacht im Polizeianhaltezentrum für manche nicht einschüchternd, sondern kann auch die Möglichkeit für ein Dach über dem Kopf sein, zumindest für eine Nacht.

Nach Angaben unserer Interviewpartner*innen wurde das Problem des Drogenhandels und -konsums durch die Schutzzone am Keplerplatz nicht gelöst, sondern in umliegende Parks und auch 500 Meter weiter auf den Reumannplatz verlagert. Drogenkonsum und -handel am Keplerplatz werden vor allem mit jungen Menschen in Verbindung gebracht und dabei oft mit Personen, die häufig illegalisiert sind. Die soziale Arbeit und die Jugendarbeit können dieser Gruppe kaum etwas bieten, da sie durch ihren irregulären und prekären Aufenthalt oftmals keinen Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Bildungs- und anderen Unterstützungsleistungen hat.

Die Schutzzone wirkt somit in mehrfacher Hinsicht stigmatisierend, da sie sowohl die Örtlichkeit als problematisch kennzeichnet als auch zu vermehrten Kontrollen, Verdrängung und Verfolgung bestimmter Gruppen führt, die eigentlich Unterstützungsangebote benötigen würden. Diese Beispiele verdeutlichen, dass Maßnahmen,

die die Sicherheit bestimmter Gruppen erhöhen sollen, die Unsicherheit anderer Gruppen verstärken können. Dies geschieht einerseits durch polizeiliche Überwachung und vermehrte Kontrollen, die die Verdrängung und die Sanktionierung bestimmter Gruppen zur Folge haben, andererseits auf eine subtile Art und Weise, indem bestimmte Gruppen in öffentlichen und medialen Diskursen als gefährlich dargestellt werden und in der Folge unter Stigmatisierung und Diskriminierung leiden – etwa aufgrund ihres Geschlechts, ihres Erscheinungsbilds oder ihrer Hautfarbe.

5.2.3 Die Politisierung von (Un-)Sicherheit und ihre Folgen

Unsicherheit ist nicht nur ein subjektives Empfinden, sondern wird gesellschaftlich und politisch hergestellt, verhandelt und instrumentalisiert. Die Politisierung von Unsicherheit zeigt sich darin, wie bestimmte Wahrnehmungen und Themen aufgegriffen, verstärkt und in konkrete Maßnahmen, Diskurse und Regulierungen des öffentlichen Raums übersetzt werden. In einem Interview wurde dies exemplarisch anhand der Entstehung der Fair-Play-Teams angesprochen:

*„Da wurde deutlich gemacht: ‚Wir kümmern uns um das subjektive Unsicherheitsempfinden von Menschen im öffentlichen Raum‘, was ja sehr eigenartig ist, weil wenn man sich die Fakten anschaut, ist die objektive Sicherheit in Wien so groß wie noch nie zuvor. Aber die subjektive Unsicherheit ist offensichtlich auch so groß wie noch nie zuvor. Das klappt total auseinander. Die Debatte dreht sich jetzt um die subjektive Unsicherheit und dass man da etwas tun muss. Das hat natürlich mit Normvorstellungen in Bezug auf öffentlichen Raum zu tun, das ist für Adressat*innen in der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit höchst problematisch, weil es natürlich Exklusion zur Folge hat“ (EI_5).*

Nicht immer wird durch Sicherheitsmaßnahmen auf eine tatsächliche Steigerung sicherheitsrelevanter Vorfälle reagiert, sondern vielmehr auf subjektive Sicherheitsempfindungen und Nutzungskonflikte. Oft hängt dies auch mit der Berichterstattung über bestimmte Örtlichkeiten zusammen. Dies wurde besonders in Bezug auf den Reumannplatz deutlich, der als inhärent unsicher, als „sozialer Brennpunkt“ und sogar als „No-Go-Area“ dargestellt wurde. Dies wurde in den Gesprächen und in den Interviews als unverhältnismäßig kritisiert. So sei der schlechte Ruf des Reumannplatzes nicht gerechtfertigt und „medial aufgeblasen, politisch aufgeblasen“ (IAW_1). Im ersten interaktiven Workshop wird das Framing des Reumannplatzes näher beschrieben:

„Eine Zeit lang war ja auch der Begriff No-Go-Zones beliebt. Wenn du lang genug suchst, findest du sicher jemanden, der Favoriten auch so bezeichnet, was ich absolut nicht unterschreiben würde. Aber das kriegen die Leute dort mit. Die dort aufwachsen, wissen, dass sie anders sind als die Kinder im 19., die in ein Gymnasium gehen und wo der Papa Arzt ist. Das kriegen sie definitiv mit, und das schadet ihnen“ (IAW_1).

Das Stigmabewusstsein von Jugendlichen aus Innerfavoriten wird in diesem interaktiven Workshop als hoch eingeschätzt. Die zitierte Person aus dem Bereich der Jugendarbeit betont, dass junge Menschen aus der Gegend um den Reumannplatz die negative Berichterstattung wahrnehmen und verinnerlichen. Sie wissen also, dass ihr Herkunftsbezirk vorurteilsbehaftet und negativ konnotiert ist. Auf der anderen Seite wird der Reumannplatz aber auch als ikonischer Ort und in gewisser Weise als Wahrzeichen des Stadtteils wahrgenommen, was Raum für Identifikation schafft. Dieses Spannungsfeld wird auch im folgenden Auszug aus dem Gespräch der Schüler*innen deutlich:

Person 1: „Wenn man sagt, man geht am Reumannplatz in die Schule, dann kommt als Erstes: „Ach, der Reumannplatz.““ (alle lachen)

Interviewerin: „Was sind die Assoziationen, die Leute mit dem Reumannplatz haben?“

Person 4: „Tichy.“ (alle lachen)

Person 1: „Eher so negativ ...“

Person 2: „Es passiert ja auch öfters was.“

Person 1: „Auch außerhalb von Wien, wenn ich bei meiner Familie bin am Land, und ja, den Reumannplatz, den kennt man irgendwie, weil da immer irgendwas ist.“

Person 4: „Ist das übertrieben oder zu krass?“

Person 1: „Also es passiert schon öfters was, das ist jetzt nicht übertrieben. Also man muss schon aufpassen. Ich würde am Abend nicht alleine hierher spazieren“ (IAW_2).

Hier wird deutlich, dass die Schüler*innen einerseits zwar wahrnehmen, dass sie oft mit unangenehmen Nachfragen oder Kommentaren konfrontiert sind, wenn sie mit dem Reumannplatz assoziiert werden, sie andererseits aber gleichzeitig das negative Image des Reumannplatzes durchaus als gerechtfertigt erachten und sich auch bewusst sind, dass die öffentliche Wahrnehmung durchaus vielschichtig ist.

5.2.4 Alltägliche Unsicherheiten von Mädchen

In unseren interaktiven Workshops wurden Angst und Unsicherheit im öffentlichen Raum durchwegs als Themen wahrgenommen, die maßgeblich Frauen betreffen. Auch bei unseren eigenen Besuchen fiel uns die Abwesenheit dieser Bevölkerungsgruppe auf – eine Beobachtung, die sich mit den Gesprächen in den interaktiven Workshops deckt:

„Obdachlose, wohnungslose Frauen sehen wir nicht, wobei das teils daran liegt, dass die das gut verstecken und nicht erkennbar sind. Frauen allgemein im zehnten Bezirk – das ist sehr schwierig teilweise. Das startet schon mit 15, 16 Jahren. Der einzige Ort, wo Frauen fast überrepräsentiert sind, ist der Spielplatz“ (IAW_1).

Die jungen Frauen im zweiten interaktiven Workshop betonten, dass sie sich vor allem am Abend nicht mehr gern in der Gegend rund um den Reumannplatz aufhalten würden und es zunehmend auch für junge Männer nicht sicher sei. Als unangenehme Verhaltensweisen wurden unter anderem Anstarren und Ansprechen beschrieben. Die jungen Workshopteilnehmer*innen waren sich einig, dass es für Mädchen und junge Frauen besonders unsicher sei, sich am Reumannplatz aufzuhalten, und sie sich vor allem bei Dunkelheit unwohl fühlen würden:

„Ich bin selten am Reumannplatz, nur wenn ich zur Schule gehe. Aber wenn ich dort bin, dann meistens mit einer Freundin oder mit Buben, weil ich mich dann viel sicherer fühle“ (IAW_2).

Während einige der Mädchen erzählten, dass sie sich lieber in Begleitung eines männlichen Freundes dort aufhalten wollten, ergänzte ein*e Teilnehmer*in, dass es am Reumannplatz auch für junge Männer und generell für jüngere Menschen nicht sicher sei. Dabei machten sie ihr Unwohlsein vor allem an bestimmten Personen fest, deren Präsenz sie als unangenehm empfinden, wobei bestimmte Stereotype zum Vorschein kommen:

„Ich fühl mich dann generell nicht so wohl dort, vor allem wenn es Abend wird. Ich habe es noch besser, weil ich männlich bin. Aber für andere ist es noch unangenehmer, sich dort hinzusetzen, wenn daneben eine Person sitzt, die wahrscheinlich seit zwei Jahren keine Dusche, keinen Job und nur noch Drogen gesehen hat. Oder daneben sich Personen aufhalten, die nur da sind, um ihre Aggressionen rauszulassen“ (IAW_2).

Auch aus anderen Forschungsergebnissen geht hervor, dass „Erscheinungsbild, Optik und Sichtbarkeit als die für ‚den Bürger‘ zentralen Probleme [...] benannt werden und weniger eine unmittelbare Bedrohung durch Straftaten“ (SCHMINCKE 2009, p. 160). Diese Verknüpfung von Sicherheit und Sauberkeit wurde auch in einem der Expert*inneninterviews erwähnt:

„Wenn Stadtteile nicht so gepflegt sind, wenn es schmutziger ist oder wenn eben auch Menschen wahrgenommen werden, denen man ihre Erkrankung oder auch ihre Armut ansieht, ist es natürlich bei der Bevölkerung, die das Wissen nicht haben oder auch diese urbane Kompetenz nicht haben, ein Thema, dass Sauberkeit und Sicherheit verflochten werden“ (EI_1).

Neben der Anwesenheit bestimmter Personengruppen wurde auch die bebaute Umwelt als Ursache für Unsicherheiten identifiziert, was in beiden Workshops thematisiert wurde:

„Die Neugestaltung ist wirklich gut gelungen, aber trotzdem ist es unangenehm, wenn man als junge Frau oder junges Mädchen an einem Freitag um 21 Uhr vorbeigeht“ (IAW_1).

Dies deckt sich mit den Erfahrungen der Schüler*innen, die sich unter anderem für eine bessere Beleuchtung aussprachen:

Person 1: *„Der Reumannplatz ist so dunkel am Abend. Also ein bisschen heller machen wäre gut. Wenn wir zum Beispiel um 18 Uhr [Schule] aushaben, im Winter, dann ist es so dunkel, da zur U-Bahn [von der Schule], dort sind gar keine Lampen, und man muss da durch gehen, das ist ungut.“*

Person 2: *„Auch die Straßenbahnstation und die Busstation“* (IAW_2).

Die teilweise sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen der Teilnehmenden der beiden Workshops sind nicht überraschend, da Unsicherheit, wie bereits erwähnt, eine stark subjektive Komponente hat (s. z.B. DAY 2006, 2001; PAIN & SMITH 2008; RUHNE 2011) und von den jungen Teilnehmer*innen intersektionale Aspekte und damit in Zusammenhang stehende Ausschlussmechanismen weitgehend ausgeblendet wurden.

Obwohl in Sicherheitsdebatten häufig ein deutlicher Fokus auf Mädchen und Frauen gelegt wird, bleibt die Perspektive besonders vulnerabler Gruppen wie der im Zitat angesprochenen jungen Frauen häufig ausgeblendet. Kritische Forschung zu Sicherheitsdebatten im städtischen und nationalen Kontext zeigt, dass zumeist die (Un-)Sicherheiten von weißen Frauen aus der Mittelschicht im Vordergrund stehen (s. z.B. ÅSE 2019; KHALID 2019; LISTERBORN 2016).

Auch im Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“ der MA 18 wird zwar betont, dass „Sicherheit im öffentlichen Raum [...] ein zentrales Ziel gendersensibler Planung [ist]“ (STADT WIEN, MAGISTRATSABTEILUNG 18 – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG 2013, p. 44), jedoch bleibt die Kategorie „Frau“ weitgehend homogenisiert, und es erfolgt keine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Erfahrungen und Bedürfnisse. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu betonen, dass sich die Sicherheitsbedürfnisse und -wünsche der teilnehmenden Schüler*innen des zweiten Workshops nicht stellvertretend für die Sicherheitsanforderungen aller Frauen in Wien verallgemeinern lassen. Dennoch ist diese Perspektive sehr bedeutsam, da sie Einblicke in spezifische Erfahrungen junger Frauen liefert, die in etablierten Sicherheitsdebatten häufig marginalisiert oder übersehen werden.

5.2.5 Raumaneignung und das Beispiel Reumädchenbühne

Um dem fehlenden Zugehörigkeitsgefühl und der Verdrängung von Mädchen und jungen Frauen aktiv gegenzusteuern, wurde 2013 ein Prozess initiiert, um die Position von Mädchen im öffentlichen Raum zu stärken und ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Raumaneignung zu unterstützen. Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses wurden die Ideen und Wünsche von Mädchen berücksichtigt, die unter anderem zur Gestaltung der Reumädchenbühne und der Einweihung des Reumädchenplatzes führten. Die Bühne wurde im Herbst 2020 eröffnet und dient als Ort für Konzerte, Lesungen, Veranstaltungen und Aktionen beispielsweise zum Weltfrauentag (AGENDA FAVORITEN o. J.; <PARTIZIPATION.AT> o. J.).

Die Reumädchenbühne kam auch in den interaktiven Workshops als Ort der Identifikation für Mädchen, aber auch als gutes Beispiel, wie einer marginalisierten Gruppe erfolgreich Gehör geschenkt wurde, zur Sprache, gleichzeitig wurde beobachtet, wie schwierig es durchzusetzen ist, dass dieser Raum tatsächlich von Mädchen und Frauen genutzt und als Angebot angenommen wird. Wie eine Person anmerkte, ist es „auch nicht so, als würden sich dort immer Mädchen aufhalten, leider“ (IAW_1).

Abbildung 8: Die Reumädchenbühne am Reumannplatz



Foto: Ursula Reeger.

Vor allem die jungen Teilnehmerinnen des zweiten Workshops stellten das Projekt jedoch infrage, da die Bühne nur selten bespielt wird und sie sich dort nicht exponieren möchten. Stattdessen würden sie grüne und sichere Räume bevorzugen, wo sie in Ruhe mit einer Gruppe von Freund*innen sitzen können, ohne von anderen gestört zu werden, wie im folgenden Gesprächsausschnitt wiedergegeben wird:

Person 1: „Wenn es schon eine Bühne sein soll, dann wäre besser, statt einfach nur Betonblöcke, da Blumentöpfe hinzustellen oder so ...“

Person 2: „Ja, weil es sieht irgendwie voll kalt aus, wie so ein Gefängnis.“

Person 3: „Oder Bäume und Schatten.“

Person 1: „Ein Dach wäre auch gut, oder wenn man da etwas drüberwachsen lässt. Oder wenn da Tische stehen würden oder so, dass man sich da aufhalten kann.“

Person 2: „Ja, wenn vielleicht so Wein drüber wachsen würde oder so, das wär cool.“

Person 1: „Oder Bänke, das wäre auch schon gut“ (IAW_2).

Die Reumädchenbühne wurde initiiert, um Mädchen und weibliche Jugendliche – im wahrsten Sinne des Wortes – in den Mittelpunkt zu stellen. Die Ansprüche und Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen im Hinblick auf den öffentlichen Raum sind jedoch vielfältig und können, wie unsere Ergebnisse zeigen, nicht lediglich durch die Umsetzung eines Top-down-Projekts gelöst werden. Der im zweiten Workshop geäußerte Wunsch weiblicher Jugendlicher nach geschützten Rückzugsorten steht im Widerspruch zu Sicherheit durch Einsehbarkeit, Beleuchtung und soziale Kontrolle.

Obwohl die Implementierung des Projekts darauf hinweist, dass politischen Entscheidungsträger*innen das Problem der Abwesenheit von Mädchen und jungen Frauen im öffentlichen städtischen Raum bewusst ist, zeigt das Beispiel der Reumädchenbühne auch die Grenzen einer solchen Maßnahme auf, die auf einen Ort beschränkt ist. Auf der einen Ebene leistet sie einen Beitrag zur Sensibilisierung für die Sichtbarkeit von Mädchen im öffentlichen Raum und bietet Akteur*innen eine Plattform zur Vernetzung und gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen. Die Initiative adressiert auf der anderen Seite jedoch vor allem Symptome, ohne die strukturellen Barrieren und die sozialen Normen, die Ausschlüsse bedingen, nachhaltig zu verändern.

Projekte wie die Reumädchenbühne zeigen zudem, dass es keinen „One size fits all“-Ansatz für die Förderung von Mädchen im öffentlichen Raum gibt. Das Projekt kann zwar zur Sichtbarkeit einzelner Initiativen beitragen, unterstützt die alltägliche Rauman eignung von Mädchen jedoch nur begrenzt. Um auch jene anzusprechen, die sich üblicherweise nicht an partizipativen Prozessen beteiligen, sind differenzierte Beteiligungsformate notwendig, die verschiedene Zielgruppen adressieren (BJÖRNSON 2014; LÖÖV 2015). Eine dichotome Unterscheidung zwischen den Bedürfnissen von Mädchen und Buben birgt darüber hinaus das Risiko, bestehende Geschlechterstereotype zu verstärken und Kinder sowie Jugendliche auszuschließen, die sich nicht binär identifizieren (LUIMPÖCK & WILD 2020; SANDSTRÖM et al. 2024). Die zentrale Herausforderung besteht daher darin, Maßnahmen zu entwickeln, die flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse einer sehr heterogenen Gruppe – in diesem Fall Mädchen – eingehen und verschiedene Formen der Teilhabe im öffentlichen Raum fördern.

5.2.6 Unsicherheit durch Mehrfachkrisen

In unserem interaktiven Workshop mit den Schüler*innen sind noch zwei weitere Themen aufgefallen, die das Themenfeld (Un-)Sicherheiten erweitern: einerseits ihre

Erfahrungen mit den multiplen Krisen der letzten Jahre und andererseits sicherheitsstiftende Momente in ihrem Alltag. Beides sind Themen, die nicht durch Versicherheitlichung im Sinne eines Ausbaus von Überwachung und Kontrolle gelöst werden können.

Die Jugendlichen, mit denen wir gesprochen haben, haben durch die Covid-19-Pandemie einschneidende Erlebnisse gemacht, die ihre sozialen Interaktionen, ihre psychische Gesundheit sowie ihre Bedürfnisse nach Sicherheit und Rückzug beeinflusst haben und die durch andere Krisen wie den Ukrainekrieg, die Klimakrise und die Inflation teilweise noch verstärkt wurden. Die Jugendlichen verbrachten prägende Schuljahre wegen mehrerer Lockdowns mit *distance learning* zu Hause. Sie sind sich dieser Krisen sehr bewusst, wie der folgende Auszug aus dem zweiten interaktiven Workshop zeigt:

Person 2: *„Klar, diese Krisen, die wir in jüngster Zeit erlebt haben, betreffen uns alle auf verschiedene Weisen. Dessen sind wir uns auch bewusst. Es ist generell so, dass die Inflation die Armut weiter in die Höhe treibt und dass es Familien, die schon sozial benachteiligt waren, jetzt noch schwieriger haben. Ich denke, das ist hier und da sichtbar.“*

Person 3: *„Lebensmittel sind teurer geworden. Nicht nur wegen der Inflation, auch durch die Pandemie und den Krieg.“*

Person 4: *„Ich finde, das hat nicht nur auf das Geld eine Auswirkung gehabt, sondern die Pandemie hat auch auf jeden Fall Auswirkungen auf die Psyche gehabt. Ich habe erst während der Pandemie meine Panikattacken entwickelt. Es hat nicht nur mit dem Geld zu tun“ (IAW_2).*

In einem Bericht aus dem Jahr 2023 notiert der RECHNUNGSHOF ÖSTERREICH eine „gestiegene Nachfrage nach Unterstützungsleistungen im Bereich der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit“ (2023, p. 110), die sogar zu einer Budgetaufstockung durch das Bildungsministerium führte. Lockdowns, Schulschließungen und Phasen des *distance learning* waren belastend für Schüler*innen und wirkten sich negativ auf ihr Wohlbefinden aus, so der Rechnungshof. Forschungen zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen während der ersten Jahre der Corona-Pandemie zeigen einhellig auf, dass die Lockdowns negative Auswirkungen hatten (s. z.B. HOLTMANN et al. 2023; HURRELMANN & ALBRECHT 2021; KAUER-BERK & SCHNETZER 2022; LIENBACHER 2022; RAVENS-SIEBERER et al. 2021; SCHNETZER et al. 2021). Auch eine Studie von Anfang 2021 zur psychischen Gesundheit von Schüler*innen in Österreich zeigt, dass die Pandemie die psychische Gesundheit von Jugendlichen stark beeinträchtigte. Viele litten unter depressiven Symptomen, Ängsten, Schlafstörungen und sogar suizidalen Gedanken. Die langfristigen Auswirkungen dieser Belastungen sind noch nicht vollständig erforscht (DONAU-UNIVERSITÄT KREMS 2021).

Neben herausfordernden Themen wie Zugang und Zugehörigkeit zum öffentlichen Raum sowie mentale Gesundheit wurde auch besprochen, was den jungen Teilnehmenden des zweiten Workshops das Gefühl gibt, sich zu Hause zu fühlen:

„Ich glaube, Sicherheit spielt eine große Rolle und Familiarität. An einem Ort, wo ich mich nicht sicher fühle, kann ich mich auch nicht zu Hause fühlen. Ich muss offen sein können, aufgenommen werden und einfach so sein können, wie ich bin“ (IAW_2).

Personen um sich zu haben, die man gern hat, die eigene Meinung äußern zu können, Fehler machen zu dürfen, sich wohlfühlen und über seine Gefühle sprechen zu können, waren weitere wichtige Aspekte, die genannt wurden. Die Aussagen deuten an, dass Geborgenheit und Sicherheit für die Jugendlichen stark mit einem Gefühl von Zugehörigkeit zusammenhängen. Zuhause ist für sie kein konkreter Platz, sondern Räume, die dadurch geschaffen werden, dass sie sie selbst sein können und dafür akzeptiert werden. Dies deckt sich auch mit Forschung zum sicherheitsstiftenden Potenzial von gemeinschaftlicher Zugehörigkeit. In der Literatur wird großes Augenmerk auf die sozialen Bindungen zu Familie und Freund*innen gelegt. Eltern und Familien sind immer mehr im Fokus für Sensibilisierung und präventive Maßnahmen in Bezug auf Polarisierung und auch Radikalisierung (s. z.B. BRAGA et al. 2019; BRANDÉN et al. 2021; LEVY et al. 2024; MCINTYRE & NEUHAUS 2021).

Dieser kurze Einblick in die Betroffenheit von Jugendlichen durch multiple Krisen verdeutlicht die Dringlichkeit ihrer gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen Leben im Allgemeinen und im öffentlichen Raum im Besonderen. Eine tiefergehende und sinnhafte Berücksichtigung der Stimmen der jüngeren Generation ist von entscheidender Bedeutung für kommende gesellschaftliche Entwicklungen (s. z.B. HURRELMANN & ALBRECHT 2021). Darunter fallen neben psychischer Gesundheit und Armut auch Zukunftssorgen in Bezug auf den Klimawandel.

Unsere Studie offenbart in diesem Zusammenhang eine klare Generationenkluft, da es nahezu ausschließlich die jungen Teilnehmer*innen waren, die die Bedeutung von Klimaanpassungsmaßnahmen, wie etwa mehr Begrünung und Beschattung im öffentlichen Raum, kontinuierlich betonten. In Wien werden Hitzewellen den bestehenden Mangel an öffentlichem Raum und den Nutzungsdruck weiter verschärfen und neue Ausgrenzungen und Verdrängungen schaffen. Dies stellt eine neue Herausforderung dar, und es müssen Konzepte entwickelt werden, wie mit solchen Problemen umzugehen ist, da dies Auswirkungen auf Benutzer*innengruppen und auf diejenigen hat, die im öffentlichen Raum arbeiten.

6 Diskussion und Conclusio: Inklusion, Exklusion und (Un-)Sicherheiten im öffentlichen Raum

In diesem Kapitel greifen wir die zentralen Ergebnisse der Studie auf und ordnen sie im Hinblick auf Mechanismen von Inklusion, Exklusion und Verdrängung ein. Ziel ist, die empirischen Befunde nicht nur zusammenfassend darzustellen, sondern sie kritisch in bestehende theoretische und empirische Debatten einzuordnen. Dabei wird herausgearbeitet, wie unterschiedliche Formen von Zugehörigkeit und Ausschluss produziert, verhandelt und legitimiert werden, welche Rolle strukturelle Machtverhältnisse dabei spielen und wie sie sich auf sozialräumliche Dynamiken auswirken. Auf diese Weise trägt die Diskussion dazu bei, die ambivalenten Effekte der untersuchten Prozesse sichtbar zu machen und ihre weiterführenden Implikationen zu reflektieren.

Dass der öffentliche Raum in Städten „umkämpft“ ist, wird nicht erst durch unsere empirische Studie deutlich, sondern verweist auf ein zentrales Thema der Stadtforschung. Die Frage, für wen öffentliche Räume zugänglich sind, wer seine Nische findet und wer sich (nicht) zugehörig fühlt, führt schließlich zum Spannungsfeld zwischen Exklusion und Inklusion. Junge Menschen und bestimmte Gruppen wie Menschen mit Migrationsbiografie und Suchtkranke sind im öffentlichen Raum häufig mit Kontrolle und Verdrängung konfrontiert. Die Auseinandersetzungen um diese Themen dienen als Mikrokosmen, die größere gesellschaftliche Entwicklungen und Machtdynamiken widerspiegeln, die durch die Privatisierung, die Kommerzialisierung und die Versicherheitlichung dieser Räume verstärkt wurden (s. z.B. LUIMPÖCK & WILD 2020; MATTISSEK 2005). Dieses ambivalente Verhältnis zwischen Inklusion und Exklusion wurde vor allem durch die Perspektiven der Expert*innen aus dem Bereich der sozialen Arbeit deutlich. Diese betonten, dass sie immer eine kritische Perspektive auf Ungleichheit verfolgen würden. Ein Fokus lediglich auf Inklusion – Stichwort „öffentlicher Raum für alle“ – würde automatisch exkludieren, da Formen der Diskriminierung und des Ausschlusses dabei verloren gingen.

In der Praxis ist es oftmals sehr schwierig, öffentliche Räume so zu planen, dass sie für alle offen, zugänglich und attraktiv sind. In unseren Erhebungen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass nicht alle Nutzungen miteinander vereinbar sein können und müssen und es daher verschiedene Orte für unterschiedliche Personen und Aktivitäten braucht. Das bedeutet auch, dass es sogar nachteilig sein kann, bei der Planung einen Anspruch auf für alle offene und zugängliche Räume unhinterfragt zu verfolgen. Auch wenn öffentlicher Raum per definitionem für alle zugänglich ist, ist eine zielgruppenspezifische Planung unerlässlich, um der Diversität der Bedürfnisse der vielfältigen Nutzer*innengruppen gerecht zu werden. Wenn versucht wird, durch

„neutrale“ Planung die gesamte Stadtbevölkerung anzusprechen, werden gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsverhältnisse missachtet, die ausschlaggebend dafür sind, wer schließlich Zugang zum öffentlichen Raum hat. Außerdem hat Planung eine zeitliche Veränderungskomponente: Nutzungen von Räumen können sich mit der Zeit ändern.

Nutzungskonflikte aufgrund vielfältiger Anforderungen und Bedürfnisse im Hinblick auf den öffentlichen Raum werden durch Nutzungsdruck und die stark wachsende Stadt zusätzlich verstärkt. In der Praxis bedeutet das, dass Nutzungsbedürfnisse, die zueinander in Konflikt stehen oder einander widersprechen, vonseiten der Planung priorisiert werden müssen. Dies ist nicht nur im Hinblick auf wachsende soziale Ungleichheiten von Bedeutung, sondern auch in Bezug auf die Kommerzialisierung und die gewinnorientierte Nutzung des öffentlichen Raums (HAMMER & WITTRICH 2019; KIRSCH-SORIANO DA SILVA & STOIK 2023). Dabei stehen insbesondere das Aushalten von Ambivalenzen und Widersprüchen sowie die Sichtbarkeit von Sucht, Armut und sozialen Ungleichheiten im öffentlichen Raum im Widerspruch zur Attraktivierung von Städten für Tourismus und als Wirtschaftsstandorte.

In diesem Zusammenhang wurde wiederholt urbane Kompetenz als eine wichtige Fähigkeit angesprochen, um das Leben in einer Großstadt zu navigieren. Sie beschreibt das Vermögen von Stadtbewohner*innen, mit Herausforderungen, Widersprüchen und dem Stress des urbanen Lebens umgehen zu können. Sie ist „im Wesentlichen als Handlungskompetenz zu verstehen, die es ermöglicht, in typisch urbanen Situationen im Umgang mit dem Fremden handlungsfähig zu sein“ (SCHÖNIG 2016, p. 170). Dem liegt ein Verständnis von Stadt zugrunde, dass diese „durch ein dichtes Nebeneinander unterschiedlicher Milieus gekennzeichnet ist“ (ebd. p. 171) und das ethnische und soziale Diversität in einer Großstadt als Qualität begreift.

Welche Voraussetzungen sind notwendig, um urbane Handlungsfähigkeit entwickeln zu können? Urbane Kompetenz zu erlernen ist nicht lediglich eine individuelle Verantwortung, sondern es müssen Strukturen geschaffen werden, um die urbane Kompetenz der Bürger*innen zu stärken, wie etwa Möglichkeiten zur Mitsprache und Beteiligung in städtischen Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen. Dies ist nicht zuletzt auch für die soziale Arbeit im öffentlichen Raum wichtig (s. auch GLASAUER o. J.; LAIMER 2014). Urbane Kompetenz bedeutet jedoch auch, ein Bewusstsein für andere Lebenswelten zu entwickeln und beispielsweise eine rassismus- sowie sexismuskritische Haltung einzunehmen und sich mit eigenen Vorurteilen auseinanderzusetzen. Im Sinne der urbanen Kompetenz müssten auch Jugendliche die Fähigkeit entwickeln, Armut und Drogenkonsum als Phänomene wahrzunehmen, die zu einer Stadt gehören. Gleichzeitig gehören Jugendliche ebenfalls einer Gruppe an, die üblicherweise aufgrund ihrer Assoziation mit Lärm, Vandalismus und Müßiggang einfach nicht gern im öffentlichen Raum gesehen wird (s. z.B. SCHREIBER 2005). Letztlich stellt sich die Frage, wer definieren darf, wie öffentliche Räume und Plätze aussehen und genutzt werden sollen. Wenn der öffentliche Raum als für alle zugänglich begriffen wird, als

Ort, wo niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden soll, muss es verschiedenste Bereiche geben, die unterschiedlich aussehen (dürfen) und die Platz für unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse bieten.

Mehrere Expert*innen wiesen darauf hin, dass öffentlicher Raum für all jene verfügbar sein sollte, die besonders darauf angewiesen sind, wie etwa Personen, die von Armut betroffen sind oder in kleinen Wohnungen leben. In der Praxis stehen einige Maßnahmen im Widerspruch zu diesem Anspruch, wonach der öffentliche Raum ein Raum für schutzbedürftige und/oder marginalisierte Menschen ist. Es besteht somit ein ständiger Konflikt zwischen politischen Entscheidungsträger*innen (auf Bezirksebene, aber auch auf Stadtebene), Verwaltungsstellen und Praktiker*innen in Bezug auf Maßnahmen und Ansätze, die nicht nur mit der institutionellen Einbettung und dem Mandat der einzelnen Organisationen und Personen zusammenhängen, sondern auch in Verbindung mit unterschiedlichen Zielgruppen und Zielvorstellungen stehen.

Subjektive (Un-)Sicherheit, Angst und Kriminalitätsfurcht sind mittlerweile fixe Bestandteile der Governance des öffentlichen Raums. Die Stadtplanerin Leonie SANDERCOCK spricht von der politischen Ökonomie der städtischen Ängste (2003, p. 108). „Umkämpfte“ öffentliche Räume werden in Medien und Politik als problematisch diskutiert. Gerade das subjektive Sicherheitsgefühl „als neue gesellschaftliche Größe“ (SCHMINCKE 2009, p. 58) ist auch in Wahlkämpfen ein beliebtes Thema. Der Einblick in unsere empirischen Analysen hat deutlich gemacht, dass sich in der Sicherheitsdebatte mehrere Themenfelder überlagern. Konservative Kräfte antworten auf die kollektive Wahrnehmung von mangelnder Sicherheit und Kriminalitätsfurcht mit verstärkter Kontrolle, Überwachung und institutionalisierter Repression – die verloren geglaubte Sicherheit soll dadurch wiederhergestellt werden (KERN 2014; LOPES DE SOUZA 2010). Dies ist insbesondere bei öffentlichen Räumen wie dem Reumannplatz herausfordernd, wo sich sicherheitsrelevante Vorfälle, subjektives Unsicherheitsempfinden bestimmter Gruppen und Prozesse der Politisierung und Stigmatisierung überlagern.

Privatisierung, Kommodifizierung und Kommerzialisierung führen zudem dazu, dass Räume in Bezug auf Ästhetik und Funktion angeglichen werden: „Unerwünschte Aspekte städtischen Lebens werden durch die Ästhetisierung der gebauten Umwelt ausgeblendet, während ein gewünschtes Bild von Stadt inszeniert wird“ (LAUEN 2011, p. 330). Architektur leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Ermöglichung sozialer Kontrolle bis hin zur Disziplinierung (ebd.). Während Exklusion und Verdrängung überall Thema sind, gibt es Orte, an denen diese Prozesse stärker sichtbar werden. Durch ein Gleichsetzen von Sicherheit im öffentlichen Raum mit Sauberkeit und Ordnung wird oft ein reduziertes Verständnis von Sicherheit geschaffen, das nur bestimmte Normen und ästhetische Vorstellungen berücksichtigt und dabei andere soziale Realitäten und Bedürfnisse ausblendet. Sogenannte Angsträume werden auch durch Planungsfehler verursacht, in der Praxis wird die Wahrnehmung eines Ortes als verwahrlost und verschmutzt auf die Personen projiziert, die sich dort aufhalten. Es werden kaum tatsächliche Bedrohungen geortet, und sogenannte Disorder-Phänomene

– wie Verschmutzung oder Betteln – stellen häufig keine strafrechtlich relevanten Handlungen dar, werden aber trotzdem zunehmend sanktioniert. Versuche, das subjektive Sicherheitsgefühl der urbanen Bevölkerung zu steigern, setzen bei Veränderungen der bebauten Umwelt an und fokussieren damit lediglich auf die Symptome von Unsicherheiten. Durch die Verknüpfung von Armut und Gefahr werden Planungsschritte eingeleitet, die schließlich zur Verdrängung der marginalisierten Gruppen führen (KOSKELA & PAIN 2000; RUHNE 2011; WEHRHEIM 2006).

Auch der Einsatz von Videoüberwachung und dessen Auswirkung auf Kriminalitätsraten sind wissenschaftlich umstritten (BELINA 2006; HEGER 2010; LUEDTKE 2010; SCHREIBER 2005). Fest steht aber, dass durch die Problematisierung bestimmter Orte und Nutzer*innengruppen eine Neufokussierung stattfindet: Statt einzelne Straftäter*innen in den Blick zu nehmen, werden ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt. Deviantes Verhalten wird als potenziell strafrechtlich relevant angenommen und ist damit schon zu ahnden, bevor es überhaupt zu einem Verstoß kommt. Dies führt schließlich zur weiteren Stigmatisierung bereits gesellschaftlich marginalisierter Gruppen sowie zur Verfestigung bestimmter Normvorstellungen (KERN 2014; LITSCHER 2011; SCHREIBER 2005). An semi-öffentlichen Orten wie Bahnhöfen können zudem durch Hausordnungen zusätzliche räumliche Kontrollstrategien durchgesetzt werden, die unliebsame Nutzungen untersagen und verdrängen (JAWAD & STIEGLER 2018; TERMEER 2010; WEHRHEIM 2004). Der Effekt dieser Kontrolltechniken ist nicht die Anpassung an die erwünschten Nutzungsformen gemäß der Normvorstellung, sondern eine Verdrängung der unliebsamen Nutzer*innen – mitunter an Orte mit weniger Infrastruktur, weniger Ressourcen und insgesamt schlechteren Bedingungen.

Kritische Perspektiven sehen den übermäßigen Gebrauch des Themas Sicherheit in öffentlichen Diskussionen als Spiegelbild der neoliberalen Stadtpolitik und versuchen im Gegensatz dazu, sowohl objektive als auch ideologische Ursprünge der verbreiteten Angst anzusprechen. Ausgegangen wird dabei immer von dem Prinzip, dass Freiheit und demokratische Rechte – zum Beispiel durch Platzverbote – nicht für Sicherheit aufgegeben werden dürfen (LIEPOLD 2021; LOPES DE SOUZA 2010; MATTISSEK 2005). Das Suggestieren einer ständigen Bedrohungssituation und ein gewisser Alarmismus führen einerseits zur Einschränkung von Freiheiten von Bürger*innen, insbesondere von Aktivist*innen sowie prekarierten und marginalisierten Personen. Andererseits zeigt der Ausbau der Rolle der sozialen Arbeit und von Projekten wie den Fair-Play-Teams die Notwendigkeit der Stärkung marginalisierter und artikulationsschwächerer Personen und Gruppen (KIRSCH-SORIANO DA SILVA & STOIK 2023).

Unsere Analyse verdeutlicht die stark unterschiedlichen Wahrnehmungen Jugendlichen und der Stakeholder*innen hinsichtlich des Reumannplatzes. Während die Jugendliche eher die medial dominanten Narrative über den Platz vertreten, sehen die Stakeholder*innen den Raum aus der Perspektive ihrer jeweiligen Zielgruppen, was zu divergierenden Einschätzungen führt. Für viele Jugendliche wird spürbar, dass sie bei wichtigen Anliegen wie Klimathemen, mentaler Gesundheit und politischer Repräsen-

tation nicht ausreichend wahrgenommen oder ernst genommen werden. Darüber hinaus sind sie selbst von der Erfahrung betroffen, im öffentlichen Raum verdrängt zu werden. Insgesamt werden Jugendliche oft als störend wahrgenommen, und ihre Aneignungsprozesse im öffentlichen Raum stellen häufig einen potenziellen Interessenkonflikt dar. Während Kinder im städtischen Raum sowohl als gefährdet als auch als störend wahrgenommen werden, gilt die Anwesenheit Jugendlicher eher als Belästigung, vor allem wenn sie in Gruppen auftreten. Verhaltensweisen wie „Herumlungern“, die unter anderem Jugendlichen zugeschrieben werden, werden als sozial unverträglich erachtet und sind Ziel von Verboten (FUCHS & KONSTANTINIDIS 2012). Die politischen Erwartungen an die (mobile) Jugendarbeit sind häufig eine sanfte Disziplinierung und eine „Zähmung“ der Jugendlichen durch Jugendarbeiter*innen, damit sie sich regelkonform verhalten (ebd.).

Durch die pandemiebedingte Isolation in privaten Räumen fielen außerdem urbane Aushandlungsräume für Jugendliche weg. Dabei zeigt die Forschung, dass Jugendliche den öffentlichen Raum unter anderem auch deshalb brauchen und schätzen, weil sie sich dort zumindest eine Zeitlang der Kontrolle durch Erwachsene entziehen können. Da sowohl der schulische Alltag als auch viele Freizeitangebote drinnen stattfinden und Räume mit Konsumzwang oft eine zu hohe finanzielle Hürde darstellen, ist der öffentliche Raum für Jugendliche essenziell: Draußen zu sein, sich abseits des Einflusses von Erziehungsbeauftragten und pädagogischem Personal Räume anzueignen, eigene Regeln aufzustellen und sich dort austoben zu können, hat einen hohen Stellenwert für das Aufwachsen. Jugendliche wünschen sich daher mehr Freiräume (FUCHS & KONSTANTINIDIS 2012). Es sind soziale Räume, wo Jugendliche ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft verhandeln. Jugendliche sind daher maßgeblich von der zunehmenden Reglementierung des öffentlichen Raums und vom allgemein hohen Nutzungsdruck betroffen (FLOHÉ & KNOPP 2009; KEMPER & BÄNNINGER 2012; LUIMPÖCK & WILD 2020; WEHMEYER 2016).

Genauso wenig wie Nutzer*innen des öffentlichen Raums im Allgemeinen dieselben Bedürfnisse haben, teilen auch einzelne Gruppen nicht immer dieselben Wünsche und Anforderungen an den Raum. Dies zeigt sich unter anderem am Beispiel der Reumädchenbühne und des Reumädchenplatzes. Der Beteiligungsprozess, der zur Schaffung des Reumädchenplatzes und zur Gestaltung der Reumädchenbühne geführt hat, wurde bislang noch nicht evaluiert. Wie ähnliche Projekte zeigen, ist eine Evaluierung der Partizipationsverfahren und ihrer Ergebnisse jedoch entscheidend, um zu überprüfen, ob durch die Bühne am Reumannplatz tatsächlich eine verstärkte Rauman eignung und Beteiligung von Mädchen erreicht wurde (vgl. BJÖRNSON 2014; LÖÖV 2015). Eine zentrale Fragestellung bleibt zudem, wie Teilhabe langfristig aufrechterhalten werden kann und wie ein gerechterer Zugang zum öffentlichen Raum für Mädchen gestaltet werden kann. Mädchen sind dabei keine homogene Gruppe mit gleichen Bedürfnissen, und Konzepte wie Fußballkäfige für Buben und Bühnen für Mädchen perpetuieren geschlechterstereotype Vorstellungen darüber, wie sich diese Gruppen im öffentlichen Raum bewegen und welche Ansprüche sie stellen.

Unsere Analyse hat gezeigt, dass ein intersektionaler Blick unerlässlich ist: Jugendliche sind ebenso wenig eine homogene Gruppe wie Frauen. Der Befund, dass der Reumannplatz gut funktioniert, weil er durch die Schaffung von Nischen die Koexistenz mehrerer Gruppen und Personen ermöglicht, wurde von den teilnehmenden Schüler*innen nicht bestätigt. Vielmehr berichteten sie einhellig, dass sie sich dort unwohl fühlen und den Platz meiden würden. An diesem Punkt ist erst einmal unerheblich, ob die empfundene Angst berechtigt ist oder ob es tatsächlich zu einer Viktimisierung kommt. Wesentlich ist, dass manche Mädchen und Frauen nicht das Gefühl haben, sich am Reumannplatz aufhalten zu können, ohne dass sie jemand anstarrt, anspricht oder sich zu ihnen setzt. Es stellt sich die Frage, ob das Unsicherheitsempfinden mit dem schwierigeren Zugang zum und der fehlenden Teilhabe im öffentlichen Raum zusammenhängt. Die Angst vor Bedrohung hat schließlich fundamentale Auswirkungen auf die Nutzung des städtischen Raums. Insbesondere feministische Stadtforscher*innen kritisieren aber, dass Unsicherheiten im öffentlichen Raum beinahe ausschließlich als Problem für Frauen diskutiert werden und über die Ängste von Buben und Männern sehr wenig bekannt ist. Durch das beständige Wiederholen des Topos der „weiblichen Unsicherheit“ wird viel eher ein stereotypes Bild von der zu wenig wehrhaften, ängstlichen Frau im öffentlichen Raum konsolidiert. Zwar beschäftigen sich Stadtplaner*innen und Architekt*innen erst seit Mitte der 1980er-Jahre mit sogenannten Frauenfragen, in Sicherheitsdiskursen ist Angst als „weibliche“ Eigenschaft jedoch vergleichsweise schnell zentral geworden. Stattdessen wäre es wichtig, auch die breiteren gesellschaftlichen Formen von Gewalt – körperlich, symbolisch und strukturell – gegen Mädchen und Frauen in den Blick zu nehmen, da sich das Unsicherheitsempfinden im öffentlichen Raum nicht isoliert, sondern im Kontext dieser alltäglichen Gewalt- und Ungleichheitserfahrungen formt (KOSKELA & PAIN 2000; KUTSCHINSKE & MEIER 2000; WASTL-WALTER 2010).

Summary

In this research report, *Inclusion, Exclusion, and (In)Securities in Public Space: Perspectives of Young People and Professionals in Vienna*, we present our research on public space as a key dimension of social justice and participation, focusing on the case of Reumannplatz in Vienna. We compared the perspectives of young users and stakeholders who primarily work in public space, such as professionals in the fields of social and youth work, administration, and community work. The study was part of the Horizon 2020 project *D.Rad – De-Radicalization in Europe and Beyond: Detect, Resolve, Re-integrate* (2020–2024). Within the broader framework of the project, particular emphasis was placed on spatial processes of (de)radicalization and social polarization in urban contexts. The report understands public space as a key site where belonging, participation, and exclusion are negotiated, exploring what it means when public space becomes a scarce and contested resource. The empirical study combines expert interviews and an interactive workshop with professionals working in urban planning, administration, and social services and an interactive workshop with young persons living in Vienna. This workshop was designed to amplify the voices of young people – voices that are often overlooked in discussions about public space and urban security.

As a rapidly growing and diverse metropolis, Vienna offers an insightful context to examine how urban societies manage inclusion and social cohesion under increasing pressure. Over the past decade, the city's population has grown by roughly 300,000 people, intensifying demands on housing, infrastructure, and recreational areas. Public spaces – parks, squares, and streets – play a central role in shaping social life and coexistence. In theory, they are open and accessible to all; in practice, however, mechanisms of control, privatization, and regulation increasingly restrict access and influence who feels welcome or excluded. Economic resources, social norms, and perceptions of safety shape how different groups can use these spaces. A central part of the study focuses on Reumannplatz in Vienna's tenth district, Favoriten. This densely populated neighborhood, home to many residents with migration backgrounds and lower incomes, has been subject to public debates about safety and social problems. Recently, Reumannplatz has been redesigned, including traffic calming, and has become an even more important local meeting point that accommodates diverse uses and users. While these changes have created new spaces for social interaction and inclusion, they also have intensified use conflicts and perceptions of insecurity among different groups.

Our analysis indicates that perceptions of safety are shaped by multiple factors, including social encounters, cleanliness, noise, and the visible presence of certain groups. While the young people – especially girls – expressed discomfort and a desire for a stronger police presence, the research participants from the group of stakeholders ques-

tioned whether security measures and prohibitions actually make spaces safer or instead displace problems elsewhere. For instance, an alcohol ban at neighboring Keplerplatz led some groups to relocate to Reumannplatz rather than change their behavior, illustrating how security policies can have unintended consequences. Stakeholders and experts criticized that the effects of such policies often result in displacement and further marginalize already vulnerable groups. In the interviews and the interactive workshop, they mainly spoke about groups who face discrimination or marginalization in public space – such as people experiencing homelessness, those with substance use issues, or ethnic minorities. The young participants, in contrast, focused on their personal experiences: They described feeling unwelcome or unsafe in certain parks or squares, even when no concrete danger was present. They reported that they often preferred commercial spaces like cafés or shopping streets, where they felt more comfortable and could meet with friends, even though such places are not accessible to everyone.

Overall, the findings reveal that urban security is not simply a matter of crime prevention but a deeply social and political issue. Feelings of (in)security emerge from experiences of visibility, belonging, and recognition. Public spaces serve as vital arenas for inclusion but also as mirrors of social inequality. When access is restricted – whether through regulation, privatization, or social stigma – the democratic and integrative potential of the city is weakened. At the same time, public and media discourses tend to label certain people – based on their appearance, gender, or background – as problematic or threatening. Such processes further reinforce social divisions and undermine trust and solidarity in shared spaces.

The study highlights that public spaces are crucial arenas where social cohesion and fragmentation become visible and are negotiated. Mechanisms of exclusion and displacement are complex and often intertwined with the efforts of marginalized groups to claim space and participate in society. Security policies and political discourses, while aiming to increase safety, can unintentionally reinforce inequalities and stigmatize vulnerable populations. Therefore, strengthening inclusion and urban competence – understood as the capacity of society to deal with diversity and urban challenges – is essential for social cohesion and democracy building. Our research thus calls for an understanding of public space as a key dimension of social justice and participation. Inclusive design, participatory planning, and opportunities for interaction across diverse groups are essential for fostering urban cohesion. Creating safer and more welcoming environments requires not only physical interventions but also a commitment to addressing underlying social inequalities. Vienna's case shows both the challenges and the possibilities of maintaining public spaces as places of encounter, diversity, and shared urban life. Public space cannot solve all inequalities, but it remains one of the few environments where encounters, dialogue, and mutual understanding between different groups can take place.

Bibliographie

- AELBRECHT P. & STEVENS QU. (eds.) (2019), *Public Space Design and Social Cohesion: An International Comparison*. New York, NY:, Routledge.
- AELBRECHT P., STEVENS QU. & NISHA B. (2019), Introduction: From Mixing with Strangers to Collective Placemaking: Existing Theories, Policies and Practices around Social Cohesion in Public Space Design. In: AELBRECHT P. & STEVENS QU. (eds.), *Public Space Design and Social Cohesion: An International Comparison*. New York, NY, Routledge.
- AGENDA FAVORITEN (o. J.), *Mädchen gestalten den Raumannplatz*. <<https://www.agendafavoriten.at/projekte-detail/maedchen-gestalten-den-reumannplatz-p.html>> (letzter Zugriff am 23.7.2024).
- ARSLAN Z. & GOETZ J. (2022), Türkischer Rechtsextremismus als transnationales Phänomen – Fanatisierungsprozesse von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte am Beispiel der Ausschreitungen in Wien/Favoriten 2020. In: GOETZ J., REITMAIR-JUÁREZ S. & LANGE D. (eds.), *Handlungsstrategien Gegen Rechtsextremismus: Politische Bildung - Pädagogik - Prävention*. Wiesbaden: Springer, pp. 117–138.
- ÅSE C. (2019), The Gendered Myth of Protection. In: GENTRY C.E., SHEPHERD L.J. & Sjoberg L. (eds.), *Routledge Handbook of Gender and Security*. Abingdon, Routledge, pp. 273–283.
- BAURIEDL S., SCHIER M. & STRÜVER A. (2010), Räume sind nicht geschlechtsneutral: Perspektiven der geographischen Geschlechterforschung. In: BAURIEDL S., SCHIER M. & STRÜVER A. (eds.), *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen: Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*. Münster, Westfälisches Dampfboot, pp. 10–25.
- BELINA B. (2006), *Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*. Münster. Westfälisches Dampfboot.
- BITTNER M. (2010), Soziale Unruhen – Zur Sicherheit der Gesellschaft? Der *banlieue*-Diskurs in deutschen Printmedien. In: GROENEMEYER A. (ed.), *Wege der Sicherheitsgesellschaft: Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 61–88.
- BJÖRNSON M. (2014), Rosens röda matta. Stadsplanering på tjejers villkor. In: LISTERBORN C., GRUNDSTRÖM K., CLAESSEN R., DELSHAMMAR T., JOHANSSON M. & PARKER P. (eds.), *Strategier för att hela en delad stad. Samordnad stadsutveckling i Malmö*. Malmö University Publications in Urban Studies. Malmö, Malmö högskola, pp. 73–80.
- BOGNER A., LITTIG, B. & MENZ W. (2014), *Interviews mit Experten: eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden, Springer VS.
- BOYATZIS R. (2006), *Transforming Qualitative Information: Thematic Analysis and Code Development*. Thousand Oaks, CA, SAGE.
- Braga A.A., BRUNSON R.K. & DRAKULICH K.M. (2019), Race, Place, and Effective Policing. In: *Annual Review of Sociology* 45/1, pp. 535–555.
- BRANDÉN J., OLSSON J. & SANDBERG L. (2021), Patrullering för Trygghet: Vakter, Nattvandrare och Medborgargården. In: RÖNNBLUM M., LINANDER I. & SANDBERG L. (eds.), *(O)Tryggt? Texter om Makt, Plats och Motstånd*. Stockholm, Premiss.
- BRAUN V. & CLARKE V. (2022), *Thematic Analysis: A Practical Guide*. Los Angeles, CA, SAGE.

- CATTELL V., DINES N., GESLER W. & CURTIS S. (2008), Mingling, observing, and lingering: Everyday public spaces and their implications for well-being and social relations. In: *Health & Place* 14/3, pp. 544–561.
- CLARK A., HOLLAND C., KATZ J. & PEACE S. (2009), Learning to See: Lessons from a Participatory Observation Research Project in Public Spaces. In: *International Journal of Social Research Methodology* 12/4, pp. 345–360.
- DANZ S.V. K. (2022), *Vergeschlechtlichte Aspekte von Racial Profiling. Erfahrungen, Analysen und Widerstand von FLINTA Personen in Wien*. Wien, Universität Wien. Masterarbeit.
- DAY K. (2001), Constructing Masculinity and Women's Fear in Public Space in Irvine, California. In: *Gender, Place & Culture* 8/2, pp. 109–127.
- DAY K. (2006), Being Feared: Masculinity and Race in Public Space. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 38/3, pp. 569–586.
- DELYSER D., HERBERT S., AITKEN S., Crang, M. & McDowell, L. (2010), *The SAGE Handbook of Qualitative Geography*. Los Angeles, CA, SAGE.
- DEPPERMAN A. (2013), Interview als Text vs. Interview als Interaktion. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* 14/3.
- DIEBÄCKER M. (2019), Gentrifizierung und öffentliche Räume. Über das Zusammenspiel von Aufwertung, Sicherheit und Ordnung an urbanen Plätzen. In: KADI J. & Verlič M. (eds.), *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, Stadtpunkte 27. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, pp. 141–151.
- DONAU-UNIVERSITÄT KREMS (2021), *16 Prozent der SchülerInnen haben suizidale Gedanken*. <<https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/16-prozent-der-schuelerinnen-haben-suizidale-gedanken.html>> (letzter Zugriff am 6.8.2024).
- D.RAD (o. J.), *D.Rad Project – Deradicalisation in Europe and Beyond: Detect, Resolve, Re-integrate*. <<https://dradproject.com/>> (letzter Zugriff am 18.11.2024).
- ECKARDT F. (2024), Defensive Architektur: Warum unsere Städte so unwirtlich sind. In: *GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 73/3, pp. 336–346.
- EL-TAYEB F. & THOMPSON V.E. (2019), Alltagsrassismus, staatliche Gewalt und koloniale Tradition. Ein Gespräch über Racial Profiling und intersektionale Widerstände in Europa. In: WA BAILE M., DANKWA S.O., NAGUIB T., PURTSCHERT P. & SCHILLIGER S. (eds.), *Racial Profiling: Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*. Bielefeld, transcript, pp. 311–328.
- FLOHÉ A. & KNOPP R. (2009), Umkämpfte Räume. Städtische Entwicklungen, öffentliche Räume und die Perspektiven Jugendlicher. In: DEINET U., OKROY H., DODT G. & WÜSTHOF A. (eds.), *Betreten erlaubt! Projekte gegen die Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, pp. 29–39.
- FUCHS M. & KONSTANTINIDIS, E. (2012), Jugendliche im öffentlichen Raum – eine Bestandsaufnahme. In: *SuchtMagazin* 38/6, pp. 36–38.
- GARCÍA-TEJEDA E. & FONDEVILA, G. (2023), Policing Social Disorder and Broken Windows Theory: Spatial Evidence from the “Franeleros” Experience. In: *ISPRS International Journal of Geo-Information* 12/11, p. 449.
- GLASAUER H. (2005), Stadt und Unsicherheit. Entschlüsselungsversuche eines vertrauten Themas in stets neuen Facetten. In: GLASZE G., PÜTZ R. & ROLFES M. (eds.), *Diskurs – Stadt – Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript, pp. 203–222.

- GLASAUER H. (o. J.), *Unsicherheitsempfinden im öffentlichen Raum. Über die Notwendigkeit der Entwicklung urbaner Kompetenz anstelle der Delegation von Sicherheitsbedürfnissen*.
- GLASZE G., PÜTZ R. & ROLFES M. (eds.) (2005), *Diskurs - Stadt - Kriminalität: Städtische (Un-) Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld, transcript.
- GRUBER S. & JAUSCHNEG M. (2016), *Reumannplatz. Funktions- und Sozialraumanalyse* (Werkstattbericht 164). Wien, Magistrat der Stadt Wien, MA 19, Architektur und Stadtgestaltung.
- HAAG C. (2023), Soziale Arbeit und öffentlicher Raum. In: HAAG C. (ed.), *Von der Gasse zum öffentlichen Raum: Praktiken und Rationalisierungen in der schweizerischen Gassenarbeit*. Wiesbaden, Springer Fachmedien, pp. 7–52.
- HAMMER K. & WITTRICH J. (2019), Gentrifizierungsprozesse im öffentlichen Raum: Grenzziehungen und Exklusionsmechanismen. In: KADI J. & VERLIČ M. (eds.), *Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, Stadtpunkte 27. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, pp. 125–140.
- HARVEY D. (2006), *Spaces of Global Capitalism*. London, Verso.
- HEGER M. (2010), Die Entwicklung der Sicherheitsgesellschaft am Beispiel der Videoüberwachung am Wiener Schwedenplatz. In: GROENEMEYER A. (ed.), *Wege der Sicherheitsgesellschaft: Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 343–358.
- HEINRICH A.J., MARGUIN S., MILLION A. & STOLLMANN J. (eds.) (2021), *Handbuch Qualitative und Visuelle Methoden der Raumforschung*. Bielefeld, transcript Verlag.
- HOLTMANN M., LEHMKUHL G., PLENER P. & KÖLCH M. (2023), Die COVID-19-Pandemie und seelische Gesundheit bei Minderjährigen: Herausforderungen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie. In: *Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie* 51/1, pp. 1–7.
- HUBER N.L. (2023), *Stadt für alle? Wahrnehmung und Gestaltung inklusiver und diverser öffentlicher Plätze*. Wien, Universität Wien, Masterarbeit.
- HUNOLD D. (2005), Subjektive Sicherheit und Etablierte-Außenseiter-Beziehungen in heterogen strukturierten Stadtvierteln. In: GLASZE G., PÜTZ R. & ROLFES M. (eds.), *Diskurs – Stadt – Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript, pp. 285–320.
- HURRELMANN K. & Albrecht E. (2021), *Gen Z: Between Climate Crisis and Coronavirus Pandemic*. Abingdon, Routledge.
- JAWAD E. & STIEGLER J.M. (2018), Bitte seien Sie achtsam (...) – (Un)Sicherheitsproduktionen in der aktuellen Kampagne der *Wiener Linien*. In: *juridikum – zeitschrift für kritik, recht, gesellschaft* 2/2018, pp. 175–185.
- KASPAR H. & BÜHLER E. (2006), Räume und Orte als soziale Konstrukte. Plädoyer für einen verstärkten Einbezug sozialer Aspekte in die Gestaltung städtischer Parkanlagen. In: *RaumPlanung* 125, pp. 91–95.
- KAUER-BERK O. & SCHNETZER S. (2022), „Der Generation Z zuhören“: Bedürfnisse der Jugend – Fragen an Forscher Simon Schnetzer. In: *Forum Kinder- und Jugendsport* 3/2, pp. 104–106.
- KEMPER R. & BÄNNINGER M. (2012), Platzda?! in Wädenswil: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche. In: *SuchtMagazin* 38/6, pp. 31–35.
- KERN A. (2014), Ein Frankfurter Sicherheitsregime. Neoliberale Sicherheitsproduktion in der ‚Hauptstadt des Verbrechens‘. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2/2, pp. 17–38.

- KHALID M. (2019), Gender, Race, and the Insecurity of 'Security'. In: GENTRY C.E., SHEPHERD L.J. & Sjöberg L. (eds.), *Routledge Handbook of Gender and Security*. Abingdon, Routledge, pp. 37–47.
- KIRSCH-SORIANO DA SILVA K. & STOIK C. (2023), Die Rolle von Sozialer Arbeit beim Gestalten von Räumen für marginalisierte Gruppen in der Stadt anhand von zwei Wiener Fallbeispielen. In: OEHLER P., JANETT S., GUHL J. FABIAN C & Michon B. (eds.), *Marginalisierung, Stadt und Soziale Arbeit. Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Politik, Quartierbevölkerung und professionellem Selbstverständnis*. Wiesbaden, Springer VS, pp. 111–125.
- KOHLBACHER J. & REEGER U. (2020), Globalization, Immigration and Ethnic Diversity: The Exceptional Case of Vienna. In: MUSTERD S. (ed.), *Handbook of Urban Segregation*. Cheltenham, Edward Elgar Publishing, pp. 101–117.
- KOSKELA H. / PAIN R. (2000), Revisiting Fear and Place: Women's Fear of Attack and the Built Environment. In: *Geoforum* 31/2, pp. 269–280.
- KUTSCHINSKE K. & MEIER V. (2000), „...sich diesen Raum zu nehmen und sich freizulaufen...“ : Angst-Räume als Ausdruck von Geschlechterkonstruktion. In: *Geographica Helvetica* 55/2, pp. 138–145.
- LAIMER C. (2014), Safe City. Sicherheit beginnt im Kopf. In: *dérive* 57.
- LANDESPOLIZEIDIREKTION WIEN (2024), Verordnung der Landespolizeidirektion Wien „Schutzzone“.
- LAUEN G. (2011), *Stadt und Kontrolle: Der Diskurs um Sicherheit und Sauberkeit in den Innenstädten*. Bielefeld:, transcript Verlag.
- LEFEBVRE H. (2013), *The Production of Space*. 28. Ausgabe. Malden, Blackwell Publishing.
- LEHNER M., MATTES A., VAN BREUGEL I., REEGER U. & SCHOLTEN P. (2022), Where I Belong: Identification Processes of Young Volunteers in Super-Diverse Cities. In: *VOLUNTAS, International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 33/4, pp. 766–776.
- LEVY N., LERMAN A.E. & DIXON P. (2024), Reimagining Public Safety: Defining “Community” in Participatory Research. In: *Law & Social Inquiry* 49/1, pp. 68–89.
- LIENBACHER B. (2022), Die Bedeutung struktureller Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen: Eine Untersuchung im Rahmen von stationärer Rehabilitation während der Corona-Pandemie. In: *Pädiatrie & Pädologie* 57/4, pp. 191–198.
- LIEPOLD M. (2021), Drei Jahre Alkoholkonsumverbot am Praterstern in Wien: Die Wahrnehmungen marginalisierter Menschen in Hinblick auf das Verbot. In: *soziales_kapital* 25, pp. 149–164.
- LISTERBORN C. (2016), Feminist Struggle Over Urban Safety and the Politics of Space. In: *European Journal of Women's Studies* 23/3, pp. 251–264.
- LITSCHER M. (2011), Starter-Kit: Kompetenz für öffentliche Räume oder das Ertragen von Diversität in der Stadt. In: EMMENEGGER B. & LITSCHER M. (eds.), *Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisbezogene Beiträge aus der Stadtforschung*. Luzern, interact, pp. 35–52.
- LÖÖV J. (2015), Ta plats – *En fallstudie av Rosens röda matta*. Alnarp, Swedish University of Agricultural Sciences. Bachelorarbeit.
- LOPES DE SOUZA M. (2010), The Brave New (Urban) World of Fear and (Real or Presumed) Wars. In: *City* 14/4, pp. 457–463.
- LUEDTKE J. (2010), Die Ausweitung privater und staatlicher Raumkontrolle. Infragestellung der modernen (National-)Gesellschaft? In: GROENEMEYER A. (ed.), *Wege der Sicherheitsgesellschaft: Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 271–295.

- LUIMPÖCK S. & WILD G. (2020), Inszenierung und Diskriminierung: Der öffentliche Raum als Schauplatz diskursiver Stigmatisierung und Benachteiligungsbewältigung. In: DIEBÄCKER M. & WILD G. (eds.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*. Wiesbaden: Springer VS, pp. 115–131.
- MALOUTAS T., LIN S. & LOGAN J.R. (2025), Urban Micro-Segregation: Taking Segregation Analysis at the Micro Level. In: *Land* 14/2, p. 255.
- MARCETTI C., MASETTI A. & MIGLIORI S. (2020), Rethinking Spaces for an Inclusive City. In: MERINGOLO P. (ed.), *Preventing Violent Radicalisation in Europe: Multidisciplinary Perspectives*. Cham, Springer, pp. 157–172.
- MARQUARDT N. (2024), Kritische Stadtgeographie und Gouvernementalität. In: BELINA B., NAUMANN M. & STRÜVER A. (eds.), *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster, Westfälisches Dampfboot, pp. 37–42.
- MASSEY D. (2005), *For Space*. London, SAGE.
- MATTISSEK A. (2005), Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Frankfurt am Main. In: GLASZE G., PÜTZ R. & ROLFES M. (eds.), *Diskurs – Stadt – Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript, pp. 105–136.
- MATTISSEK A. (2008), *Die Neoliberale Stadt: Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing Deutscher Großstädte*. Bielefeld, transcript.
- MCINTYRE J. & NEUHAUS S. (2021), Theorising Policy and Practice in Refugee Education: Conceptualising ‘Safety’, ‘Belonging’, ‘Success’ and ‘Participatory Parity’ in England and Sweden. In: *British Educational Research Journal* 47/4, pp. 796–816.
- MEHTA V. (2019), The Street. A Fluid Place of Social Cohesion. In: AELBRECHT A. & STEVENS QU. (eds.), *Public Space Design and Social Cohesion: An International Comparison*. New York, NY, Routledge, pp. 296–316.
- MEHTA V. (2022), *Public Space: Notes on Why It Matters, What We Should Know, and How to Realize Its Potential*. New York, Routledge.
- MIEG H.A. & BRUNNER B. (2004), Experteninterviews: Reflexionen zur Methodologie und Erhebungstechnik. In: *Swiss Journal of Sociology* 30/2, pp. 199–222.
- MOLINA C., QUINZ H. & REINPRECHT C. (2020), *Sozialraum-Monitoring. Durchmischung und Polarisierung in Wien*. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- NIELSEN T. (2019), The Making of Democratic Urban Public Space in Denmark. In: AELBRECHT A. & STEVENS QU. (eds.), *Public Space Design and Social Cohesion: An International Comparison*. New York, NY: Routledge, pp. 37–57.
- OESTERREICH.GV.AT (o. J.), *Schutzzonen*. <oesterreich.gv.at> – Österreichs digitales Amt. <https://www.oesterreich.gv.at/themen/hilfe_und_finanzielle_unterstuetzung_erhalten/2/sucht/3/Seite.1520350.html> (letzter Zugriff am 31.7.2024).
- O.V. (2016), Reumannplatz: Funktions- und Sozialraumanalyse. Wien: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 20 – Energieplanung.
- PAIN R. & SMITH S.J. (2008), Fear: Critical Geopolitics and Everyday Life. In: PAIN R. & SMITH S.J. (eds.), *Fear: Critical Geopolitics and Everyday Life*. Aldershot, Ashgate, pp. 1–24.
- PARTIZIPATION.AT (o. J.), *Mädchen gestalten den Reumannplatz. Partizipation*. <<https://partizipation.at/praxisbeispiele/maedchen-gestalten-den-reumannplatz/>> (letzter Zugriff am 23.7.2024).
- PETERS K., ELANDS B. & BUIJS A. (2010), Social Interactions in Urban Parks: Stimulating Social Cohesion? In: *Urban Forestry & Urban Greening* 9/2, pp. 93–100.

- QI J., MAZUMDAR S., VASCONCELOS A.C. (2024), Understanding the Relationship between Urban Public Space and Social Cohesion: A Systematic Review. In: *International Journal of Community Well-Being* 7, pp. 155–212.
- RAMMERSTORFER T. (2018), *Graue Wölfe: türkische Rechtsextreme und ihr Einfluss in Deutschland und Österreich*. Wien: LIT.
- RAVENS-SIEBERER U., KAMAN A., OTTO C., ADEDEJI A., DEVINE J., ERHART M., NAPP A.-K., BECKER M., BLANCK-STELLMACHER U., LÖFFLER C., SCHLACK R. & HURRELMANN K. (2021), Psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie. In: DOHMEN D. & HURRELMANN K. (eds.), *Generation Corona? wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden*. Weinheim, Beltz Juventa, pp. 248–260.
- RECHNUNGSHOF ÖSTERREICH (2023), *Schulbetrieb während der COVID-19-Pandemie*. Bericht des Rechnungshofes. Wien: Rechnungshof Österreich.
- RONNEBERGER K. (2000), Die revanchistische Stadt. Überwachen und Strafen im Zeitalter des Neoliberalismus. In: DINGES M. & SACK F. (eds.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz, pp. 313–332.
- RUHNE R. (2011), *Raum Macht Geschlecht: Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im Öffentlichen Raum*. 2. Auflage. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SANDERCOCK L. (2003), *Cosmopolis II: Mongrel Cities in the 21st Century*. London, Continuum.
- SANDSTRÖM I., ERICSSON S., HEDVALL P.-O. (2024), Gendered Sustainability: Are Public Spaces Designed for Girls Good for Everyone? In: *Cities* 149, pp. 1–9.
- SCHMINCKE I. (2009), *Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung*. Bielefeld, transcript.
- SCHNETZER S., HURRELMANN K. & LEBOVICI-MÜHLBERGER M. (2021), Jugend und Corona in Deutschland und Österreich: Junge Menschen im Lockdown. In: Dohmen D. & Hurrelmann K. (eds.), *Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden*. Weinheim, Beltz Juventa, pp. 261–275.
- SCHÖNIG W. (2016), Urbane Kompetenz für die offene Stadt. In: *Migration und Soziale Arbeit* 2, pp. 163–173.
- SCHREIBER V. (2005), Regionalisierungen von Unsicherheit in der Kommunalen Kriminalprävention. In: GLASZE G., PÜTZ R. & ROLFES M. (eds.), *Diskurs – Stadt – Kriminalität: Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld, transcript, pp. 59–104.
- SINGELNSTEIN T. & STOLLE P. (2012), *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert*. 3., vollständig überarbeitete Ausgabe. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SMITH N. & WALTERS P. (2018), Desire lines and defensive architecture in modern urban environments. In: *Urban Studies* 55/13, pp. 2980–2995.
- STADT WIEN – BERATUNGSGRUPPE SOZIALE ARBEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM (o. J.), *Mission Statement „Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“*. <<https://www.wien.gv.at/gesellschaft/soziale-arbeit/mission-statement.html>> (letzter Zugriff am 4.7.2024).
- STADT WIEN – INTEGRATION UND DIVERSITÄT (2020), *Integrations- und Diversitätsmonitor*. Wien 2020. Wien.
- STADT WIEN – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (MA 18) (2013), *Handbuch „Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung“*. Werkstadtbericht Nr. 130 Wien.

- STADT WIEN – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (MA 18) (2025), *Der Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035*. Wien, MA 18.
- SUTTON B. (2011), Playful Cards, Serious Talk: A Qualitative Research Technique to Elicit Women's Embodied Experiences. In: *Qualitative Research* 11/2, pp. 177–196.
- TABAČKOVÁ Z. (2021), *Ortsbegehung. Handbuch Qualitative und Visuelle Methoden der Raumforschung*. Bielefeld, transcript Verlag, pp. 275–290.
- TERMEER M. (2010), Die Entgrenzung des Prinzips Hausordnung in der neoliberalen Stadt. In: GROENEMEYER A. (ed.), *Wege der Sicherheitsgesellschaft: Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 296–327.
- VERWIEBE R., HAINDORFER R., SEEWANN L., DLABAJA C., MOUSSA-LIPP S. & WOLF Ma. (2015), Zusammenleben in Wien: Einstellungen zu Zuwanderung und Integration. In: STADT WIEN, MAGISTRATSABTEILUNG 18 – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (ed.), *Werkstattbericht* 152. Wien.
- WASTL-WALTER D. (2010), *Gender Geographien: Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen*. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.
- WEHMEYER K. (2016), Entgrenzte Jugend im begrenzten öffentlichen Raum. In: BECKER U., FRIEDRICHS H., VON GROSS F. & KAISER S. (eds.), *Ent-Grenztes Heranwachsen, Springer Link Bücher*. Wiesbaden, Springer VS, pp. 51–70.
- WEHRHEIM J. (2004), Ökonomische Rationalität und Moral. Inklusions- und Exklusionsmodi in überwachten Städten. In: LAUTMANN R., KLIMKE D. & SACK F. (eds.), .., *Punitivität*. 8. Beiheft zum Kriminologischen Journal. Weinheim, Juventa, pp. 152–175.
- WEHRHEIM J. (2006), *Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*. 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Opladen, Verlag Barbara Budrich.
- WEINHOLD R., RICHTER Ph., KRÜGER M. & GESKE K. (2016), Von Kameras und Verdrängung. Rechtliche Anknüpfungspunkte für ein Recht auf Stadt unter besonderer Diskussion der Videoüberwachung öffentlicher Räume. In: *KJ Kritische Justiz* 49/1, pp. 31–46.
- WIBBEN A.T.R. (2011), *Feminist Security Studies: A Narrative Approach*. London, Routledge.
- WIBBEN A.T.R. (2016), Feministische Sicherheitsstudien: Rückblick und Ausblick. In: ABELES G. (ed.), *Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit*: 26. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Paper präsentiert beim Wissenschaftlicher Kongress der DVPW, Baden-Baden: *Nomos*, pp. 199–218.
- WINTZER J. (ed.) (2018), *Sozialraum Erforschen: Qualitative Methoden in der Geographie*. Berlin, Springer Spektrum.

Verzeichnisse

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beispiel für Spielkarten (Workshop I).....20

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung Wiens von 2005 bis 2024 in Prozent 22

Abbildung 3: Humboldtpark im zehnten Wiener Gemeindebezirk Favoriten.....24

Abbildung 4: Potenzieller Nutzungsdruck auf öffentliche Freiflächen
in Wien auf Zählgebietsebene (2019).....25

Abbildung 5: Der Reumannplatz und seine unmittelbare Umgebung von oben 28

Abbildung 6: Neugestaltung des Reumannplatzes 30

Abbildung 7: Polizeiliche Bekanntmachung der Videoüberwachung am
Reumannplatz.....42

Abbildung 8: Die Reumädchenbühne am Reumannplatz.....49

Liste der interviewten Expert*innen

Interview-Nr.	Fachgebiet	Datum der Durchführung
EI_1	Sucht- und Drogenpolitik	1. 12. 2022
EI_2	Partizipative Stadtentwicklung	16. 12. 2022
EI_3	Soziale Arbeit und Konfliktvermeidung im öffentlichen Raum	19. 12. 2022
EI_4	Architektur und Stadtentwicklung	10. 1. 2023
EI_5	Soziale Arbeit im öffentlichen Raum	27. 1. 2023
EI_6	Soziale Arbeit, Jugendarbeit	30. 1. 2023
EI_7	Soziale Arbeit, Jugendarbeit und De-Radikalisierung	14. 4. 2023

ISR-Forschungsberichte

- 1 Zoltán CSÉFALVAY und Walter ROHN (1991): **Der Weg des ungarischen Arbeitsmarktes in die duale Ökonomie**
- 2 Elisabeth LICHTENBERGER (Hg., 1991): **Die Zukunft von Ostmitteleuropa. Vom Plan zum Markt**
- 3 Marlies SCHULZ (1991): **Der Tauschwohnungsmarkt in der zentralistischen Planwirtschaft – das Beispiel von Ostberlin**
- 4 Helga SCHMIDT (1991): **Die metropolitane Region Leipzig – Erbe der sozialistischen Planwirtschaft und Zukunftschancen**
- 5 Hugo PENZ (1992): **Entwicklungsstruktur und Zukunft von ländlicher Siedlung und Landwirtschaft in der ČSFR und in Ungarn**
- 6 Zoltán CSÉFALVAY und Walter ROHN (1992): **Die Transition des ungarischen und Budapester Wohnungsmarktes**
- 7 Alina MUZIOL-WĘCLAWOWICZ (unter Mitarbeit v. Josef KOHLBACHER, 1992): **Die Transformation des Wohnungswesens in Polen – eine Analyse des Warschauer Wohnungsmarktes**
- 8 Grzegorz WĘCLAWOWICZ (unter Mitarbeit v. Josef KOHLBACHER, 1993): **Die sozial-räumliche Struktur Warschaus – Ausgangslage und postkommunistische Umgestaltung**
- 9 Markus SEIDL (1993): **Stadtverfall in Bratislava**
- 10 Heinz FASSMANN, Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (1993): **„Suche Arbeit“ – Eine empirische Analyse über Stellensuchende aus dem Ausland**
- 11 Heinz FASSMANN, Zoltán CSÉFALVAY und Walter ROHN (1993): **Regionalstruktur im Wandel – Das Beispiel Ungarn**
- 12 Ursula BAUER (1994): **Europa der Regionen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit**
- 13 Heinz FASSMANN, Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (1995): **Die „neue Zuwanderung“ aus Ostmitteleuropa – Eine empirische Analyse am Beispiel der Polen in Österreich**
- 14 Heinz FASSMANN (Hg., 1995): **Immobilien-, Wohnungs- und Kapitalmärkte in Ostmitteleuropa. Beiträge zur regionalen Transformationsforschung**
- 15 Heinz FASSMANN und Christiane HINTERMANN (1997): **Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn**
- 16 Heike JÖNS und Britta KLAGGE (1997): **Bankwesen und Regionalstruktur in Ungarn**

- 17 Konrad SCHERF (1998): **Die metropolitane Region Berlin. Genese und Niedergang, Revitalisierung und Innovation**
- 18 Heinz FASSMANN, Christiane HINTERMANN, Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (1999): **„Arbeitsmarkt Mitteleuropa“. Die Rückkehr historischer Migrationsmuster**
- 19 Zoltán CSÉFALVAY (1999): **Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Großstädte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde**
- 20 Axel BORSODORF und Michaela PAAL (Hg., 2000): **Die „alpine Stadt“ zwischen lokaler Verankerung und globaler Vernetzung. Beiträge zur regionalen Stadtforschung im Alpenraum**
- 21 Walter ROHN (2000): **Forschungseinrichtungen in der Agglomeration Wien. Stellung im Innovationsprozeß und Einbindung in innovative Netzwerke**
- 22 Vera MAYER (2000): **Regionale Innovationspotentiale und innovative Netzwerke der Industrieunternehmen in der metropolitanen Region Wien. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung**
- 23 Axel BORSODORF (Hg., 2000): **Perspectives of Geographical Research on Latin America for the 21st Century**
- 24 Wolfgang BERGER (2001): **Photovoltaics in Europe in the Year 2020. Utilities, Sustainable Development and Culture**
- 25 Heinz FASSMANN, Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (in Zusammenarbeit mit Katharina DEMEL und Irene STACHER, 2001): **Integration durch berufliche Mobilität? Eine empirische Analyse der beruflichen Mobilität ausländischer Arbeitskräfte in Wien**
- 26 Walter ROHN (2002): **Regelung versus Nichtregelung internationaler Kommunikationsbeziehungen. Das Beispiel der UNESCO-Kommunikationspolitik**
- 27 Vera MAYER (2002): **Wohnpräferenzen von Jugendlichen in Wien. Ein Beitrag zur Kultur und Sozialgeographie des Wohnens**
- 28 Michael JANOSCHKA (2002): **Wohlstand hinter Mauern. Private Urbanisierungen in Buenos Aires**
- 29 Axel BORSODORF und Christof PARNREITER (Hg., 2003): **International Research on Metropolises – Milestones and Frontiers**
- 30 Heinz FASSMANN, Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2004): **Polen in Wien. Entwicklung, Strukturmerkmale und Interaktionsmuster**
- 31 Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2005): **Aus aller Herren Länder? Wien als Studienort und internationale Bildungsmetropole**
- 32 Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2006): **„Gespanntes Nachbarschaftsverhältnis?“ Eine empirische Analyse des interethnischen Zusammenlebens in unterschiedlichen Wohnbaukategorien in Wien**
- 33 Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2006): **Die Dynamik ethnischer Wohnviertel in Wien. Eine sozialräumliche Longitudinalanalyse 1981 und 2005**

- 34 Wolfgang BOSSWICK, Heinz FASSMANN, Josef KOHLBACHER and Doris LÜKEN-KLASSEN (2007): **Housing and Residential Segregation of Migrants. A state-of-the-art report**
- 35 Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2008): **Staatsbürgerschaftsbonus beim Wohnen? Eine empirische Analyse der Unterschiede zwischen eingebürgerten und nichteingebürgerten Zuwanderern/-innen hinsichtlich ihrer Wohnsituation in Wien**
- 36 Heinz FASSMANN and Yvonne FRANZ (Hg., 2010): **Integration Policies on the Local Level: Housing Policies for Migrants. Examples from New York City, St. Paul, Antwerp, Vienna and Stuttgart**
- 37 Josef KOHLBACHER, Ursula REEGER and Philipp SCHNELL (2012): **Neighbourhood Embeddedness and Social Coexistence. Immigrants and Natives in Three Urban Settings in Vienna**
- 38 Peter JORDAN (Hg., 2012): **Regional Development and Regionalisation in the Adriatic Space. Proceedings of the 3rd Conference of the Adriatic Forum, Vienna, September 23-25 2010**
- 39 Josef KOHLBACHER und Ursula REEGER (2013): **Von der Nische ins Zentrum? Unternehmer mit türkischem oder exjugoslawischem Migrationshintergrund in der Wiener Wirtschaft**
- 40 Robert MUSIL und Jakob EDER (2013): **Wien und seine Hochschulen. Regionale Wertschöpfungseffekte der Wiener Hochschulen**
- 41 Robert MUSIL und Jakob EDER (2015): **Local Buzz in der Wiener Forschung. Wissens-intensive Cluster zwischen lokaler Einbettung und internationaler Orientierung**
- 42 Peter JORDAN (Hg., 2017): **10 Years of EU Eastern Enlargement – The Geographical Balance of a Courageous Step. Proceedings of the Symposium in Vienna, 3-4 December 2014**
- 43 Peter JORDAN (Hg., 2017): **New Developments in the Rural Space of Central and South-East Europe – Proceedings of the meeting of the Working Group on Central Europe in conjunction with the German Congress of Geography, Berlin, September 30, 2015**
- 44 Yvonne FRANZ and Christiane HINTERMANN (Hg., 2017): **Unravelling Complexities. Understanding Public Spaces**
- 45 Josef KOHLBACHER and Leonardo SCHIOCCET (Hg., 2017): **From Destination to Integration – Afghan, Syrian and Iraqi refugees in Vienna**
- 46 Julia DAHLVIK, Yvonne FRANZ, Myrte HOEKSTRA and Josef KOHLBACHER (Hg., 2017): **Interethnic Coexistence in European Cities. A policy handbook**
- 47 Yvonne FRANZ, Hans Heinrich BLOTEVOGEL and Rainer DANIELZYK (Hg., 2018): **Social Innovation in Urban and Regional Development Perspectives on an emerging field in planning and urban studies**
- 48 Jakob EDER (2019): **Innovation ohne Agglomeration. Ländliche Regionen in Österreich und ihre Herausforderungen und Chancen für innovative Unternehmen**
- 49 Josef KOHLBACHER und Maria SIX-HOHENBALKEN (Hg., 2019): **Die lange Dauer der Flucht – Analysen aus Wissenschaft und Praxis**

- 50 Eda GEMI (2019): **Integration and Transnationalism in a Comparative Perspective – The case of Albanian immigrants in Vienna and Athens**
- 51 Stefanie DÖRINGER und Jakob EDER (Hg., 2020): **Schlüsselakteure der Regionalentwicklung – Welche Perspektiven bietet Entrepreneurship für ländliche Räume**
- 52 Josef KOHLBACHER, Marie LEHNER und Gabriele RASULY-PALECZEK (2020): **Afghan/inn/en in Österreich – Perspektiven von Integration, Inklusion und Zusammenleben**
- 53 Josef KOHLBACHER und Maria SIX-HOENBALKEN (Hg., 2020): **Vulnerabilität in Fluchtkontexten**
- 54 Sandra PUNZ und Andreas SCHWARZBAUER (2020): **Verwirklichungschancen von Geflüchteten im Bildungsbereich – Lokale Aspekte von Integration in zwei ländlichen Regionen Niederösterreichs**
- 55 Robert MUSIL (2021): **Die Transformation der Wiener Gründerzeitstadt. Dynamiken am Wiener Zinshausmarkt 2007–2019**
- 56 Josef KOHLBACHER und Maria SIX-HOENBALKEN unter Mitarbeit von Gabriele RASULY-PALECZEK, Sabine BAUER-AMIN und Marie LEHNER (2021), **COVID-19 im Flucht und Integrationskontext – Soziale Implikationen der Pandemie für die syrischen und afghanischen Communities sowie NGOs der Flüchtlingsbetreuung in Wien**
- 57 Josef KOHLBACHER, Sandra PUNZ unter Mitarbeit von Amadia KILIC (2022): **Empowerment durch „Diaspora Entrepreneurship“ – Die integrativen, ökonomischen und sozialen Potentiale von selbständig Erwerbstätigen in den kurdischen Communities in Wien**
- 58 Josef KOHLBACHER und Gabriele RASULY-PALECZEK (2023): **Kritische Analyse der sozialen Integration einer sogenannten „Problemgruppe“ im Wiener Stadtraum – Die Community aus Afghanistan**
- 59 Robert MUSIL, Philipp SCHNELL und Cornelia DLABAJA (2024): **Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäres Wohnen. Aktuelle Datenlage und Vorschläge für eine österreichweite Erhebung**
- 60 Robert MUSIL, Christian SMIGIEL, Christian ZELLER (Hg., 2024): **Stadt, Land, Wohnen – Regionale Wohnungsmärkte zwischen Boom und Krise. Band zur Tagung vom 6. bis 7. November 2023 in Salzburg**
- 61 Solomiia TKACH und Josef KOHLBACHER (2024): **Wohnungsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter: Eine vergleichende Analyse von Wien und Lwiw**
- 62 Robert MUSIL, Jiannis KAUCIĆ (2025): **Synthetische Registerdaten – Sozialräumliche Analysen als Anwendung für die Datensynthesierung des Wiener Bevölkerungsregisters**
- 63 Maeve HOFER, Alois HUMER, Anna KAJOSAARI (2025): **Die subjektive Wahrnehmung urbaner Hitze in einem Wiener Gründerzeitbezirk: Eine partizipative Kartierung**
- 64 Robert Musil, Jiannis Kaučić (2026): **Segregation in den oberösterreichischen Stadtregionen. Analysen der kleinräumigen Ungleichverteilung von Haushalten nach dem Geburtsland 2011 – 2021**

